Basel, den 17. März 1923 XXIII. Jahrgang / No. 11

Schweiz. Konsum-Verein

Organ des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel

Erscheint wöchentlich 8-12 Seiten stark. Abonnementspreis: Fr. 15.— per Jahr, Fr. 8.— per sechs Monate, ins Ausland unter Kreuzband Fr. 20.— per Jahr.



Redaktion: Dr. HENRY FAUCHERRE.
Verantwortlich für Druck u. Herausgabe: Verband schweiz. Konsumvereine (V.S.K.) Basel. Für denselben Dr. Oscar Schär

Inhalt: Einladung zur XXXIV. ordentl Delegiertenversammlung des V. S. K. — Führende Gedanken. — Der Kampf um die Zolltarifinitiative. — Volkswirtschaft: Wirtschaftlicher Wochenbericht. — Kreiskonferenzen: Kreiskonferenz der bernischen Konsumvereine. Kreiskonferenz des Kreises IV. Kreis VII. — Steuerwesen: Steuerrechtliches aus dem Kanton Bern. — Aus der Praxis: Umsatz. — Bewegung des Auslandes: Spanien. Schweiz. Volksfürsorge: Tätigkeits-Bericht nebst Rechnung pro 1922. — Aus unserer Bewegung: Aarberg, Büren a. A. — Verbandsnachrichten: Aufsichtsrats-Sitzung vom 10. März 1923 Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 9. März 1923.

Verband schweiz. Konsumvereine (V. S. K.)

EINLADUNG

zur

XXXIV. ord. Delegiertenversammlung des V. S. K.

In Ausführung von § 29 der Verbandsstatuten macht der Unterzeichnete hiermit bekannt, dass der Aufsichtsrat beschlossen hat, die diesjährige ordentliche Delegiertenversammlung auf den *17. Juni 1923* nach *Olten* einzuberufen.

Die Versammlung tagt:

im Konzert- und Theatersaal in Olten.

Die Verhandlungen beginnen:

Sonntag, den 17. Juni 1923 vormittags 9 Uhr.

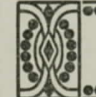
Die *Tagesordnung* ist folgendermassen festgestellt worden:

1. Eröffnungsrede des Vorsitzenden der Delegiertenversammlung.
2. Ernennung der Stimmenzähler.
3. Wahl eines Vizepräsidenten.
4. Behandlung des Jahresberichtes und der Jahresrechnung und der dazu gestellten Anträge. Referent: *B. Jæggi.*
5. Periodische Erneuerungswahlen in den Aufsichtsrat.
   In den Austritt kommen:
   a) Von den Mitgliedern der französischen Schweiz: die Herren *A. de Meuron,* Genf; *A. Zahnd,* Vevey.
   b) Von den übrigen Mitgliedern des Aufsichtsrates: die Herren *J. Baumgartner,* Herisau; *G. Schweizer,* Turgi; *Ed. Suter,* Niederschönthal; *F. Thomet,* Bern; *W. Walter,* Baden.
6. Allfällige Anträge von Verbandsvereinen und Kreisverbänden.
7. Wahl eines Verbandsvereins zur Besetzung der Kontrollstelle.
   Von den drei gegenwärtigen Revisionsvereinen Biberist, Romanshorn und Martigny kommt *Biberist* in Austritt.
8. Wahl des Ortes der nächsten Delegiertenversammlung.

Gemäss § 33 der Verbandsstatuten müssen allfällige Anträge von seiten der Kreisverbände oder Verbandsvereine, über welche die Delegiertenversammlung endgültig entscheiden soll, spätestens vier Wochen vor der Delegiertenversammlung, also dieses Jahr bis spätestens 19. Mai 1923, der Verwaltungskommission eingesandt werden.

Basel, den 10. März 1923.

Der Präsident des Aufsichtsrates:
Dr. Rudolf Kündig.



Führende Gedanken



Die Familie als Schule der Gemeinschaft.

II.

Es liegt im Wesen des Hauses, dass alle einzelnen Glieder sich dem Ganzen unterordnen, und hier liegt eine Gymnastik des Willens, den einzelnen Willen — oft Eigensinn genannt — dem leitenden Willen des Ganzen unterzuordnen, wie sie durch nichts anderes, am wenigsten durch blosse Kenntnisse erreicht wird. Und wiederum gehört es zum Wesen

des Hauses, dass jedes Glied in seiner individuellen Sphäre, als Mann oder Frau, als Sohn oder Tochter, als Bruder oder Schwester, bis hinein in die weiteren Kreise des verwandtschaftlichen Lebens, sich betätige und sich bewähre. So bringt die Familie eine Fülle individuellen und gemeinschaftlichen Lebens in ihrem Schosse, und sie ist's, welche die erste und nachhaltigste Schule des Menschen bleibt.... Es ist die Weisheit des Lebens, den richtigen Abstand zu erkennen, und es ist die Kunst des Lebens, ihn allezeit innezuhalten. Auf diesem Takte beruht, wenn ich so sagen darf, die Sphärenharmonie auf Erden, und hierfür ist die Familie mit ihrer Einheit und ihren Unterschieden, mit der wunderbaren Mannigfaltigkeit ihrer Sphäre und mit der Geschlossenheit ihrer gemeinsamen Bewegung eine Vorschule alles geselligen Lebens, weil die Familie Vorbild und Vorschule aller Association ist. So tritt uns in der Familie und ihrem Leben zuerst als Aufgabe das Problem entgegen: die Freiheit des Individuums und die Ordnung der Gemeinschaft mit einander zu verbinden.

Max Frommel
(Individuum und Gemeinschaft.)

Der Kampf um die Zolltarifinitiative.

(Fortsetzung.)

VIII.

Die Zollpolitik der Freihandelsländer.

a) England.

Wenn man die Botschaft des Bundesrates liest und die Argumente der Hochschutzzöllner hört, könnte man glauben, die ganze Welt sei ins Lager des Hochschutzzolls übergegangen. Das ist jedoch nicht der Fall: so ist England stets noch der Hort des Freihandels und hat sich, durch die Kriegsverhältnisse veranlasst, nur für einen relativ kleinen Teil seiner Einfuhr zum Schutze der sogenannten «Schlüsselindustrien» bekehrt. Im übrigen gilt doch immer noch das Freihandelssystem, das in den letzten Jahren und Jahrzehnten keinen energischeren und beredteren Verteidiger gefunden hat, als den berühmten *Lloyd George*. Dafür war er auch in der Vorkriegszeit der von den Hochschutzzöllnern am meisten gehasste und verfolgte Staatsmann, beinahe wie heute die Anhänger der Zollinitiative in der Schweiz als Schwerverbrecher behandelt werden. Er hat als verantwortlicher *Handelsminister* — entsprechend etwa für unsere Verhältnisse dem Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartementes — seine Freihandelsgrundsätze verteidigt.

Als Beispiel, mit welchen Argumenten er dies tat, seien nachstehend veröffentlicht: *Auszüge aus einer Rede Lloyd Georges vom 17. Dezember 1909:*

Wir müssen ferner Geld für Altersfürsorge schaffen, die zu verhindern die Hochschutzzöllner ihr Bestes taten. Nun gehen sie im Land herum und sagen: «Nichts lag unserem Herzen ferner». Sehr schön, aber warum weigern sie sich, dafür zu zahlen? Sie sagen: «wir sind nicht dagegen, dass dafür bezahlt wird, aber wir meinen, der von euch eingeschlagene Weg sei falsch. Ihr solltet die Kosten nicht dem Boden aufbürden. *Warum besteuert ihr nicht die Nahrungsmittel? Besteuert die Nahrung der Arbeiterkinder, damit ihr die Aecker für des Grundbesitzers Kind sparen könnt; lasst des Arbeiters Ersparnisse für sein Kind zusammenschmelzen, damit der Erbe des Grundbesitzers an seinem Vermögen keinen Schaden leide.*» Wir danken dafür.

Können wir indes an *der Arbeitslosigkeit nicht vorbei, so ist sie immerhin erträglicher mit billigem als mit teuerem Brot!*

Vor dem April dieses Jahres lag unser ausländischer Handel darnieder. Er war noch immer der grösste der Welt, aber er hatte im Vergleich mit dem entsprechenden Monat des Vorjahres abgenommen. Was geschah seit dem April? Unsere Ausfuhr wuchs um 10½ Millionen, seit der Einbringung des Budgets.

Was besagt das? Ich werde mich Chamberlains Methode der Import- und Exportbewertung bedienen. Er sagt: «*die Hälfte allen Exports und Imports sind Löhne*». Das heisst: wenn wir seit April 10½ Millionen britischer Waren mehr ausgeführt haben, hat das Ausland uns 5¼ Millionen mehr an Löhnen gezahlt. *O dieser verruchte Ausländer! Das ist die Art, wie ihn der Freihandel besteuert!*

Es gibt einen Umstand, der bei Erwägung der Zukunftsaussichten von der grössten Bedeutung ist: das sind die Erträge des *Weltmarkts*.

Sie müssen auf das Konto des *Freihandels* gesetzt werden. *Wir halten unsere Türen offen für alles Gute, was die Vorsehung der Bevölkerung schickt.*

Kein Land hat immer gleich gute Ernten. Jedes kommt an die Reihe. Und wenn Dürre in Kanaan herrscht, so ist immer Fülle in Aegypten. Das gilt ganz allgemein für die Welternten. Im einen Jahr versagt Russland. Was dann? Argentinien kommt mit überschäumenden Humpen. Im andern Jahr hat Kanada eine Missernte. Dann hat wahrscheinlich Russland, Indien oder Australien ein gutes Jahr.

Hier liegt der Vorzug des Freihandels. *Wir erheben den Welttribut.* Wir fangen die Strahlen der Sonne aus allen Himmelsrichtungen auf, die Sonnenstrahlen und den Regen, die das Korn des Bodens reifen, auf den sie fallen. Britannien heimst den Gewinn ein.

Die Welternte ist gut in diesem Jahre. Das bedeutet für Grossbritannien zweierlei: Erstens, dass das Geschäft im nächsten Jahre besser sein wird als je zuvor. Zweitens, dass die Preise der Nahrungsmittel auf dem Weltmarkt sehr viel billiger sein werden. Und als Freihändler treten wir die volle Erbschaft der Vorsehung aus jenem Jahre an.

Das ist sehr schlimm für die *Grundbesitzer. Sie haben auf eine ungünstige Konjunktur, als Folge des Budgets gerechnet, und nun wendet sich alles gegen sie.* Selbstverständlich ist der *Ausländer* ihnen entgegen. Genau in dem Augenblick, in dem ihnen schlechte Geschäfte erwünscht wären, kommt dieser *Schädling* und kauft 10 Millionen mehr Ware von uns. *Er führt immer irgendeine Bosheit im Schild.* Ach! macht euch nichts daraus, wenn der Schutzzöllner eingreift, wird er ihnen das heimzahlen, gleichviel ob das Land dabei hungert oder nicht.

Ach was! Sie möchten die Nahrungsmittel besteuern. Möchten zurück zu der «guten alten Zeit» vor der Beseitigung der Kornzölle, als die Renten noch hoch waren und Hunderttausende hungerten. Das ist es, wonach sie sich sehnen.

O ja, das ging alles ganz vortrefflich vor dem Budget: der Fabrikant sollte seine *10 Prozent* auf Waren erhalten, *die vor jedem Wettbewerb geschützt werden sollten,* sodass die Preise ungehindert steigen könnten. Käme es dazu, so würde der Konsument immer mehr zu bezahlen haben.

Was wäre die Folge? Mehr Beschäftigung? Bitte sehr! Wir würden nur weniger ans Ausland absetzen, als je zuvor. Wie will sich das beweisen? Hören Sie zu: Weder die Kolonien noch die fremden Staaten würden unsere Waren kaufen, wenn sie nicht besser oder, bei gleicher Qualität, billiger wären. Sie kaufen sie nicht unserer schönen Augen wegen. Sie finden in den Kolonien Abnehmer für jeden Artikel, gleichviel ob er aus Frankreich, Russland, Deutschland oder Amerika kommt, wenn er zugleich besser und billiger ist. Es fällt ihnen nicht im Traum ein, minderwertigere britische Ware zu einem höheren Preis zu kaufen. Auf die Weise macht man kein Geschäft.

Unsere Ware beherrscht den Markt, weil wir in der Lage sind, billiger verkaufen zu können als jedes andere Land.

Ich werde jetzt eine Behauptung aufstellen, zu deren Widerlegung ich jedes einzelne Mitglied des «Elephant and Castle Tarif Reform Club» herausfordere.

Es ist nicht möglich, teueres Rohmaterial und hohe Löhne mit einem grossen Aussenhandel zu vereinigen. Haben Sie das verstanden? Ich halte es für so wichtig, dass ich es wiederhole: Es ist nicht möglich, teueres Rohmaterial und hohe Löhne mit einem grossen Aussenhandel zu vereinigen.

Verlangen Sie einen ausgedehnten Auslandhandel mit *teuerem Rohmaterial, so müssen Sie die Löhne kürzen.* Ich beweise es Ihnen an den Tatsachen. — Die Welt kennt vier grosse Industriestaaten — die Vereinigten Staaten von Amerika, Deutschland, Frankreich und selbstverständlich unser eigenes Land. Die Vereinigten Staaten haben 80 Millionen Einwohner. Amerika hat reichere Hilfsquellen als wir und ist naturgemäss das oberste Industrieland der Welt. Daran ist nichts zu ändern. Wir haben nur 45 Millionen Einwohner. Deutschland hat 60 und Frankreich ungefähr 40 Millionen. Unsere Arbeitszeit ist die kürzeste Europas. *Unsere Unterhaltmittel sind die billigsten Europas.* Deutschland will uns Konkurrenz machen. Wie fängt es das an? *Wir haben das billigste Rohmaterial der Welt, weil wir keine Zölle haben. Das Rohmaterial jeder einzelnen Industrie ist hier preiswerter als in irgendeinem andern Land.* Das wissen die Deutschen. Sie haben einen Zolltarif; daher sind ihre Rohmaterialien teuer.

Die Deutschen kürzen die Löhne und verlängern die Arbeitszeit. Und trotzdem schlagen wir sie.

Im Gegenteil würde ein *hoher Zolltarif Hunderttausende unserer Arbeiter auf die Strasse werfen.*

Wir hängen mit unserer Arbeit ab vom Freihandel.

Das ist so! Allein was sagen Fabrikanten und Grundbesitzer — einige, nicht alle? Was tut diese Schutzzoll-Verschwörung? Der Grundbesitzer sagt zum Schutzzoll: Ich kann dir nicht gestatten, auf alles was ich kaufe, einen Aufschlag von 10% zu fordern, wenn du mir nicht 10% auf das gibst, was ich verkaufe. «Einverstanden», lautet die Antwort: «zwei Schilling auf Korn, Meiereiprodukte und Fleisch.» Des Grundbesitzers Rente schnellt in die Höhe und sie lassen es sich miteinander gut gehen auf Kosten der Nation.

Wir haben sie beizeiten durchschaut. *Was sie anstreben, ist «die gute alte Zeit», damit die Reichen noch reicher werden und die dicken Rentenwecken noch dicker. Es ist der Geist der Reaktion, der Geist, der um 60 Jahre rückwärtsdrängt zu den Tagen der Kornzölle, ein Geist, der noch weiter rückwärtsdrängen möchte zu den Tagen,* in denen die Gemeinen noch um das Recht kämpften, die Mittel zur Abstellung von Schäden zu bewilligen; noch weiter zurück zu den Tagen, *in denen die Lehnsherren das Land regierten.*

Nun gestatten Sie vier oder fünf Punkte zur Arbeitslosenfrage. Die Beweisführung unserer Gegner wurzelt darin, dass der Import ausländischer Ware unsere Arbeiter um ihre Beschäftigung bringe. Der erste Punkt nun, den ich Ihnen einprägen möchte, — es handelt sich um eine durchweg bekannte Tatsache, aber man kann diese grundlegenden und wesentlichen Punkte zur Belehrung der Gegner nicht nachdrücklich genug hervorheben — ist der, dass *je höher der Import, je reichlicher die Arbeit.* Dass der Auslandsimport weit davon entfernt ist, unsern Angestellten die Arbeit zu rauben, zeigt die Handelsstatistik der letzten 50 Jahre. Und sie erweist desgleichen, dass der Beschäftigungsstand um so besser ist, je mehr Ware in einem gegebenen Jahre eingeführt wird.

Die Tarifreformer (Hochschutzzöllner) wollen keine Zahlpflicht! Sie schleuderten die Budgetvorlage aus dem Oberhaus und sagten: «*Braucht Ihr Geld, so pfändet des Arbeiters Brot!*» Wir antworteten: «Niemals. Lieber wollen wir *Euch* los werden, meine Herren!» Sie: «*Euer Budget ist eine Ungerechtigkeit, es legt den armen Reichen des Landes zu schwere Lasten auf. Besteuert Brot! Besteuert Fleisch!*»

Ich glaube, ich habe im Handelsamt zur Genüge erwiesen, dass ich die Rechte der Briten zu wahren verstehe. Wenn mir schien, der Ausländer wolle uns bezüglich des Schiffbaus oder eines Patentes überrumpeln, so kann ich Sie versichern, dass der Ausländer nicht meine Sorge war. Ich bin durchaus bereit, den Egypter zu erschlagen, wenn er meiner Nation zu nahe tritt. Allein, das ist nur möglich durch den Freihandel.

Ich bezweifle nicht, dass die Wahlmacher, die die Gegner auf das Land loslasssen, die Sache so darstellen werden, als sei unsere Industrie und unser Handel in der Abnahme begriffen. Ich habe Ihnen hier zwei nützliche Bücher mitgebracht. Es sind keine Publikationen des Cobden Clubs, und es erübrigt sich zu sagen, dass sie auch nicht aus dem Lager der Tarifreformer kommen. Es sind nur die amtlichen Handelsberichte, und dies ist der letzte. Er erzählt eine höchst erstaunliche Geschichte. Wissen Sie, was wir vergangenes Jahr, zumeist dem Ausländer, an britischen Erzeugnissen verkauften? Wir setzten britische Ware ab im Wert von 426 Millionen, und unser Gesamtexport belief sich auf 517 Millionen. Dagegen kommen die Deutschen mit ihren 200 Millionen nicht auf. Es sind keine Importe. Es ist das, was wir an eigenen Produkten umsetzten. Sie wissen natürlich, dass wir nicht ohne Gewinn verkaufen. Das wäre nicht britische Art, Geschäfte zu machen. Nun geben Sie acht: ich möchte Ihnen zeigen, wo ich unsere Steuern hernehme. Es ist ein sehr mysteriöser Vorgang. Aber ich bekomme sie, und das ist mehr, als dessen sich der deutsche Reichskanzler rühmen kann. Sehen Sie her. Wir verkaufen in Lancashire Baumwolle im Werte von 93 Millionen nach auswärts. Ich schätze, dass 60 Millionen hiervon an den Ausländer gehen. Ein grosser Teil geht auch in die Kolonien: Indien, Kanada, Australien; aber die Hauptmasse geht ins Ausland. Hier also bezahlt der Ausländer den Gewinn des Fabrikanten. *In 60 Millionen Ware stekken 30 Millionen an Löhnen. Wer zahlt sie? Der Ausländer!*

Wo beginnt meine Rolle? Ich gehe zum Fabrikanten und sage ihm: «Sie haben verdient, nicht wahr?» «Jawohl», erwidert er, «eine Kleinigkeit.»

Es ist erstaunlich, wie der Gewinn heruntergeht, so bald der Steuereinnehmer in die Nähe kommt. Er ist ein höchst niederdrückendes Individuum. Immerhin geben sie einen kleinen Gewinn zu. Ich sage: «Einen Schilling, bitte.» Dann fahre ich fort: «Ich denke, Sie haben über 3000 Pfund Sterling dieses Jahr gemacht.» «Ich fürchte ja», lautet die Antwort. «Bitte, zwei d. extra.» Dann sage ich: «Ich habe Ihre Bücher sorgfältig nachgeprüft und sehe, dass Sie über 5000 Pfd. Sterling machen.» Wer zahlt es? *All den Gewinn, von dem ich nur einen Teil erhalte, bezahlt der Ausländer. Ich bin der grösste Auslandsbesteuerer der Welt.*

Man hat gefragt, warum die Ausländer ihr System nicht lieber aufgeben und das unsrige versuchen. Darauf gibt es zwei Antworten. Erstens kennt jeder sein eigenes Geschäft am besten. Aber damit ist die Sache nicht abgetan. *Der Schutzzoll ist wie Flugsand. Ist man einmal darin, so sinkt man um so tiefer, je mehr man sich seiner zu erwehren sucht.* Sie haben vielleicht Viktor Hugos grossartige Schilderung eines Mannes gelesen, der oberhalb der Küste auf Flugsand gerät.

Er merkt es nicht sofort. Erst allmählich wächst die Schwierigkeit. Schritt um Schritt. Schliesslich fängt er an zu sinken. Er kämpft. Je mehr er kämpft, je tiefer sinkt er. Und er sinkt und sinkt. *Und sinkt so lange, bis er ganz verschwindet.* Es hilft nichts. — Sie kämpfen. Kämpfen in jedem Schutzzollstaat, um dem Flugsand zu entgehen. Sie können es nicht, so sehr sie sich bemühen. Meine Warnung an das Volk unseres Landes lautet: *«Hütet euch vor dem ersten Schritt!»*

Das ist die schlimmste Seite all dieser künstlichen Reizmittel. Was hilft es, dem Säufer zu sagen: «Warum lässt du das Trinken nicht?» Glauben Sie, dass er nicht genau so gut als Sie weiss, dass es ihm schadet, dass es ihm die Armut ins Haus bringt, seine Gesundheit zerstört und ihn zu einem schwächeren und traurigeren Manne macht? Er kann nicht — kann nicht! Und Sie können mir glauben, *dass auch der Schutzzoll eines dieser künstlichen Reizmittel ist! Hat ein Staat erst davon genippt und damit begonnen, ihn in sein System aufzunehmen, dann lässt er sich nicht mehr abschütteln. Fangt nicht an damit!* Das ist mein Rat! Millionen Deutsche versuchen ihn loszuwerden. Ihr schafft Interessen, die sich von ihm nähren. Wer hemmt Deutschlands Fortschritt, verhindert es, das Joch der Zölle abzuschütteln? Die deutschen Grossgrundbesitzer. Ihnen sind sie alles. Für sie bedeuten die Zölle hohe Renten. Das ist der Grund, warum britische Grundbesitzer das Brot des Volkes besteuern wollen. Sie wissen, dass die *Zölle auf Weizen und Korn höhere Grundrenten bedeuten.*

Fügt uns der Freihandel wirklich so viel Schaden zu, ist der Schutzzoll so viel nützlicher, so möchte ich über vier Punkte Aufklärung haben. Wie erklärt es sich zunächst, dass wir pro Kopf der Bevölkerung zweimal so viel von unseren Erzeugnissen ausführen als Deutschland von den seinen? Wir exportieren viermal so viel als die Vereinigten Staaten von Amerika. Dies sind zwei protektionistische Länder. Sie sind unsere Rivalen im Gewerbe, unsere Rivalen im Handel. Wir sind Freihändler und exportieren zweimal so viel als Deutschland, viermal so viel als die Vereinigten Staaten.

Soweit das erste Faktum. Die zweite Tatsache, für die ich eine Erklärung fordere, ist: Wenn der Schutzzoll dem Freihandel vorzuziehen ist, woher kommt es dann, dass unsere Schiffahrt (und schliesslich hängen wir von ihr in hohem Masse ab), wie kommt es, dass die Schiffahrt Britanniens viermal so gross als die Deutschlands und achtmal so gross als die der Vereinigten Staaten von Amerika ist? Verzeihung — achtmal so gross als die Frankreichs und *zwölfmal* so gross als die der Vereinigten Staaten. Werden die Tarifreformer mir diese beiden Punkte gütigst erklärt haben, so bleibt mir noch eine dritte Frage: Wie kommt es, dass, wenn der Schutzzoll besser ist als der Freihandel, *die Löhne bei uns höher sind als fast in allen andern Ländern?*

Haben Sie diese drei Fragen beantwortet, so stelle ich noch die vierte: *Wie erklärt es sich, dass wir bei höheren Löhnen billigere Lebensmittel haben?* Und schliesslich habe ich noch eine fünfte Frage: *Wenn der Freihandel unsere Industrien zerstört, wie ist es dann möglich, dass England das reichste Land der Welt ist?* Diese fünf Tatbestände müssen wir unsern Gegnern einhämmern:

Der erste, wir verkaufen pro Kopf unserer Bevölkerung zweimal so viel als Deutschland, viermal so viel als die Amerikaner, mit all ihrem Schutz. Unsere Schiffahrt ist viermal, achtmal und zwölfmal die von Deutschland, Frankreich und Amerika. 3. Unsere Löhne sind höher als die irgendeines andern Landes und 4. unsere Lebensmittel billiger. 5. England ist das reichste Land der Welt. Hat man Ihnen diese fünf Tatsachen befriedigend erklärt, dann können Sie sich auf eine Erörterung der Frage: «Freihandel oder Schutzzölle» einlassen.

«Aber wir wollen», sagt Herr Lyttleton, «Handelsbeziehungen mit unseren Kolonien unterhalten.» Gewiss wollen wir das, aber warum mit ihnen allein? Wir wollen mit jedermann handeln. Ein Kaufmann, der einen Laden eröffnet, hängt kein Plakat aus: «Ich werde nur Geschäfte mit meiner Familie machen.» Ihr Vorsitzender hier ist einer der fähigsten Kaufleute Grossbritanniens, und das bedeutet natürlich, dass er einer der fähigsten Kaufleute der Welt ist. Angenommen, er hinge einen Anschlagzettel aus: «Hier wird an meine Familie billiger verkauft. Von allen übrigen Leuten fordern wir einen Aufschlag von 10 Prozent.» Ich will Ihnen sagen, wie es diesem grossen Geschäftsunternehmer ergehen würde. Jetzt steht dort: «John Barker mit beschränkter Haftpflicht.» Kämen Sie in sechs Monaten wieder hin, Sie würden die Schaufenster geschlossen finden! So macht man keine Geschäfte. *In Geschäftsfragen hört die Gemütlichkeit auf.* Wenn unsere Blutsverwandten der Hilfe, unsere Stammesgenossen der Unterstützung bedürfen, so sind wir zur Stelle bis zum letzten Pfennig des Reiches — bis zum letzten Blutstropfen. *Wir sind verpflichtet, ihnen zu helfen,* und ich bin sicher, sie würden uns helfen. Allein, Geschäft bleibt Geschäft, gleichviel ob mit Verwandten oder mit Fremden. Und merken Sie sich, dass es viel besser so ist. Wenn Sie diese Art Blutrücksichten auf das Geschäft übertragen, wird das Blut schlechtes Blut werden noch vor dem Geschäftsabschluss. Es gibt keinen ungeeigneteren Weg zur Erhaltung guter Beziehungen mit seinen Angehörigen. Warum kaufen sie heute bei uns? Wünscht man in den Kolonien Ware zu kaufen, so sagt man nicht: «Kommt, wir wollen in den alten Mutterladen gehen». Kanada hat ein grosses Industrieland an seiner Schwelle. Was immer die Kanadier in Amerika billiger bekommen, kaufen sie dort. Sie zahlen nicht einen Heller mehr dafür, dass eine Ware von Grossbritannien kommt. Und ich will Ihnen noch mehr sagen: Sie wären Narren, wenn sie es täten. Wir bezahlen den Weizen aus Kanada nicht höher, weil er von dort kommt. Ist es besserer Weizen, bessere Frucht, war die Ernte gut dort, dann

bezahlen wir mehr dafür. Allein wir bezahlen das Mehr auf die Warenqualität, nicht auf die Familienbeziehung. Und die Kanadier halten es genau so mit uns. Sie kaufen von uns aus zwei Gründen, den besten Gründen der Welt, wo es sich um geschäftliche Dinge handelt. Wie lauten sie? Der erste Grund ist: dass sie ihre Waren billiger und besser erhalten. Auf die Weise kaufen aber auch die Ausländer von uns. Ich werde Ihnen das mit Zahlen beweisen.

Man wendet vielleicht ein, *das Brot werde nicht dadurch verteuert werden. Wie aber kann man auf Korn einen Zoll von zwei Schillingen erheben, ohne dass das Brot teuerer wird?* Welche Gewähr hat man, dass es bei den zwei Schillingen bleibt? Es blieb nicht dabei in Frankreich. Machte nicht Halt dabei in Deutschland. Der Anfang ist überall der gleiche. Deutschland begann mit einem Schilling, stieg dann auf zwei Schillinge. Jetzt sind es über 11 Schilling in Deutschland. Es sind 12 Schilling in Frankreich. Wer unter uns kann sich heute dafür verpfänden, dass die protektionistischen Staatsmänner der Zukunft den Zweischillingzoll nicht verdoppeln, nicht verdrei- und vervierfachen, ja ihn bis auf 12 Schilling emporschrauben? Bismark begann mit einem und einem zweiten Schilling. Dann ging es rasch in die Höhe. *Für uns bedeutet der Zoll, den Arm in ein Kammrad stecken. Sind Sie einmal darin, so zieht es Sie weiter und weiter, bis es Ihnen die Eingeweide aus dem Leib gemahlen hat.* Daher die bedrückte Lage in Deutschland. Es wäre Wahnsinn, wenn wir unsere freien Häfen aufgeben würden.

Tatsächlich liegen die Dinge so, dass Britannien unter dem Freihandelssystem das *reichste Land der Welt* geworden ist. *Wir haben 50 oder 60 Jahre zur Flagge der Freiheit gehalten.* Unter ihrer Obhut hat der Wohlstand, hat die Lebenshaltung des Volkes sich zweifellos enorm gehoben. Es bleibt uns noch genug zu tun, aber der Weg, den wir einschlagen müssen, ist die Reiseroute des Budgets: *Nicht die Verteuerung unseres Brotes. Nicht die Verteuerung unserer Kleider. Nicht die Verteuerung unserer Wohnungen!* Nein, die Befreiung des Grundes und Bodens durch die Abwälzung der Steuern auf die richtigen Schultern und durch die Verwendung der nationalen Hilfsquellen zur Emporhebung der Armen aus dem Sumpf, der Bedürftigen vom Misthaufen. Das ist unsere Politik!

Und ich behaupte, es hiesse der Vorsehung die Fehde ankündigen, wollten wir unsere Häfen abschliessen, mit Zollschranken verbarrikadieren und Pickelhauben vor die Zolltore aufpflanzen. Wir wollen zu der Flagge halten, die die grössten Engländer unseres Zeitalters — Sir Robert Peel, Cobden, Bright — vor 60 Jahren auf unsern Märkten errichteten: *Die Flagge der Freiheit. Sie weht über unsern Märkten, sie weht über unsern Seehäfen, über unserem Tauschhandel; eine Flagge, unter der wir wachsen an Wohlstand, an Reichtum und an Macht.*

b) Belgien.

Die Behauptung, ganz Europa sei ins Lager des Hochschutzzolls übergegangen, trifft auch für *Belgien* nicht zu. Trotzdem Belgien im Kriege verheert und geschädigt wurde, also jedenfalls mehr Schulden hat und tilgen muss als die Schweiz, will es doch nicht zum Gesamtschutz abschwenken.

Die belgische Regierung hat die *Richtlinien* für die Ausarbeitung des neuen belgischen Zolltarifes besprochen und dabei folgende Grundsätze festgestellt:

«1. Die Einfuhr von Rohstoffen und *Nahrungsmitteln,* welche Belgien selbst nicht in genügender Menge produziert, soll zollfrei erfolgen.

2. *Halbfabrikate,* welche von der belgischen Industrie weiter verarbeitet werden, dürfen nur mit sehr mässigen Zöllen belegt werden.

3. *Fertigfabrikate,* welche auch von der belgischen Industrie hergestellt werden, sind mit Einfuhrzöllen von 7 bis 15% ihres Wertes zu belasten.

4. Die höchsten Zölle sollen auf *Luxusartikel* belegt werden, doch sollen sie in der Regel *20%* des Wertes der Ware nicht übersteigen.»

Was heisst das? Das heisst, *dass Belgien,* das vor dem Kriege noch stärker am Welthandel beteiligt war als die Schweiz (Belgien stand an erster, die Schweiz erst an zweiter Stelle) *gerade diejenigen Grundsätze in der Zollpolitik befolgen will,* welche die Schweiz aufzugeben im Begriffe steht, resp. mit dem neuen Gebrauchstarif bereits aufgegeben hat.

Daraus, dass für Luxusartikel ein Maximalzoll von *20%* des Warenwertes vorgesehen ist, ergibt sich der Schluss, dass bei den in Kategorie I eingereihten Nahrungsmitteln auf jeden Fall dieser Ansatz von *20%* nicht erreicht werden darf, während man in der Schweiz ohne Bedenken auf einzelnen Nahrungsmitteln Zölle bis auf 100% des Warenwertes erhebt.

IX.

Einige kritische Stimmen aus dem Nationalrat zu dem Gebrauchstarif vom 8. Juni 1921.

Aus der Rede von Nationalrat Baumberger
in der Sitzung vom 11. Oktober 1921.

Wenn die ganze Bundesversammlung einstimmig den neuen Tarif ablehnt, er bleibt doch in Kraft...

Bundesrat Musy hat vor kurzem *ein* ausgesprochenes Entgegenkommen in den Posten *Eier, Kartoffeln, frisches Gemüse* an den Tag gelegt.

(Bekanntlich sind diese Ermässigungen nur versprochen, in Wirklichkeit aber nicht vorgenommen worden.)

Der neue Gebrauchstarif ist *ein gewisses und bestimmtes Präjudiz für den Generaltarif.*

Täuschen wir uns darüber nicht, hier werden *Richtlinien für den neuen Generaltarif geschafft.*

Eine intransigente Klassenorthodoxie ist hüben und drüben führend geworden, bei der äussersten Linken *und* bei den lieben Herren und Freunden von der Bauernfraktion!

(Baumberger polemisierte dann gegen die Behauptung seines Fraktionskollegen Evéquoz, jeder, der nicht für den neuen Tarif sei, sei ein *Bauernfeind;* und fuhr dann fort):

«*Im Volksparlament darf man auch die Frage aufwerfen, wie sich die Volksmehrheit zu diesem Gebrauchstarif stellt.* Ich bin ein alter Kämpe in der praktischen Politik, und als solcher sage ich: *Vor die Volksabstimmung gebracht, würde dieser Gebrauchstarif mit Trommeln und Pfeifen verworfen werden.* Dagegen stimmten die Sozialdemokraten, die Christlichsozialen, dagegen die Angestellten und Fixbesoldetenverbände, dagegen die Grenzbevölkerung rundum, dagegen grosse Teile der Uhrenindustrie, der Stickereiindustrie usw. Addieren Sie all das, und Sie haben die grosse Mehrheit des Volkes. Ich stelle nun in erster Linie fest, dass dieser Gebrauchstarif

im Widerspruch steht mit der Mehrheit der Volksmeinung.

Zweitens: Man liebt heute, zu erklären, der Lärm über die Mehrbelastung der Arbeiter-, der Konsu-

mentenfamilien, des kleinen Mannes, durch den Gebrauchstarif sei doch weit übertrieben. Ich gebe zu, dass in dieser Richtung viel übertrieben worden ist, und habe selbst des öftern diese Uebertreibungen bekämpft. Aber nicht nur hier wird übertrieben; die andere Seite übertreibt auch; es wird auch übertrieben mit der Notwendigkeit und Nützlichkeit gewisser landwirtschaftlicher Positionen. Sonst hätte Herr Evéquoz gestern kaum das Loblied dieses Gebrauchstarifes für unsere schweizerischen Kleinbauern singen können. Wenn man das Kapitel *schweizerischer Kleinbauer und diesen Gebrauchstarif aufrollt, so kommt der Kleinbauer mit Defizit weg.* Ich möchte sagen: *Dieser Gebrauchstarif wird für den Kleinbauern des Lötschentales, des Vispertales, des Binntales, des Gomms, für den des Muotatales und für den Appenzeller Kleinbauern, den Kleinbauern unserer übrigen Gebirgstäler kein Vorteil sein; er ist eine Mehrbelastung auch für ihn.* Das soll ebenfalls konstatiert werden. Dann ist weiter zu sagen und auch zuzugeben, dass, wie unser verehrter Referent Herr Sulzer gestern bemerkte, die Belastung der Arbeiterfamilie durch den neuen Zolltarif jährlich 80 oder 100 Franken beträgt. Schauen Sie aber die jetzige Lage an, wobei der Mittelstand, der Konsumentenstand, der Arbeiterstand durch die

siebenjährige Preiswucherei

durch Steuern ohne Ende, durch Anzapfen an allen Ecken und Kanten, förmlich ausgeschöpft und erschöpft ist, wo die Stimmung in all diesen Ständen bis weit in den Mittelstand hinein, eine nervöse geworden ist. *Und da sagen Sie diesen Leuten: 80 oder 100 Franken mehr oder weniger im Jahr bedeuten nichts für Euch, gar nichts!* Sie werden diese Leute wütend machen, wenn Sie ihnen das sagen, weil sie eben bereits bis zum Aeussersten angespannt sind. Da gilt dann auch die alte Regel, dass ein volles Gefäss schon durch ein Tropfen überläuft; und *100 Franken sind heute mehr als nur ein Tropfen im Budget des Mittelstandes und im Familienbudget des Arbeiters.*

Zum Schluss möchte ich eine neuere Phrase noch etwas behandeln. Es wurde in den letzten Wochen bei dieser Zolltariffrage immer mehr und mehr das Wort von der

«Gleichberechtigung der Landwirtschaft»

in die Diskussion gerollt. Dieses Wort spielt auch in der *nicht gerade sehr rühmlichen Resolution des schweizerischen Bauernverbandes* vom 4. Oktober eine Rolle, und es hat eine gewisse Rolle gespielt im gestrigen Votum unseres verehrten Freundes, Herrn Evéquoz. Solche Begriffe verwirren leicht die Köpfe und können unsere bäuerliche Bevölkerung in die Auffassung hinein drängen, sie sei minder berechtigt, sie sei andern Ständen gegenüber hintan gesetzt. Sehen wir die Dinge ruhig an. Niemand bestreitet der Landwirtschaft und der landwirtschaftlichen Bevölkerung die vollste Gleichberechtigung sowie Staatsschutz. Nur müssen Sie nicht vergessen: der

Staatsschutz,

und ganz besonders der Staatsschutz im Zollwesen, muss bei jedem Stand die seiner Eigenart, seinen Existenzbedingungen, seinen Existenzäusserungen, seinen Existenznotwendigkeiten andern Ständen gegenüber angepasste Aeusserung finden. So hat man es auch bei der Landwirtschaft gehalten. Der Staatsschutz gibt der Landwirtschaft zwar manches Wertvolle; ich will es nicht aufzählen, was er andern Ständen gibt. Das ist nun keine Bevorzugung und Bevorrechtung der Landwirtschaft, sondern nur die vernünftige Anpassung an die Sonderart der Landwirtschaft in ihren Existenzbedingungen. Umgekehrt hat die Landwirtschaft auch auf einiges zu verzichten, was andern Ständen zugehalten wird. Es liesse sich noch viel eher sagen: Gleichberechtigung der verschiedenen landwirtschaftlichen Produktionszweige im Zolltarife, des Getreidebaues, des Obstbaues, der Milchwirtschaft, der Viehzucht und sonstiger Zweige. Aber wenn Sie selbst da, wo es näher läge, eine starre mathematische Schablone oder eine starre arithmetische Formel anwenden würden, kämen Sie zu einem Zerrbild. Meine Herren von der Bauernfraktion, was würden Sie erst sagen vom Wort *«Gleichberechtigung der Bauernknechte mit den Bauern?»* Man könnte am Ende die Sache auch so drehen, und Sie würden ja jedenfalls verschiedene Bemerkungen zu machen haben.

Weiter. Was sind verfassungspolitisch die landwirtschaftlichen Produkte? Sie verunzieren den Begriff «Rohstoffe und nötiger Lebensbedarf». Die Schöpfer der Bundesverfassung von 1848 haben diese Charakterisierung sehr zielbewusst und sachbewusst geschaffen und haben im Art. 29 der Bundesverfassung bestimmt: Bei Erhebung der Zölle sollen folgende Grundsätze beobachtet werden: Eingangsgebühren: A. Die für die inländische Industrie und Landwirtschaft erforderlichen Stoffe sind im Zolltarif *möglichst gering* zu taxieren. B. *Ebenso* die zum nötigen Lebensbedarf erforderlichen Gegenstände.» Also der heute noch in Kraft bestehende Artikel 29 selbst bestimmt ausdrücklich eine *differenzierte* Behandlung zwischen Rohstoffen, notwendigem Lebensbedarf und zwischen den andern Artikeln. Das ist Verfassungsgrundsatz seit 1848 und ist noch jetzt bestehendes Verfassungsrecht. Dieser Art. 29 ist zu einer Zeit geschaffen worden, in der es im Rate noch keinen einzigen Sozialdemokraten gab, noch keinen einzigen Christlichsozialen, sogar nur sehr wenige Industrielle, von einem Rate, der in der Mehrheit aus Bauern und Bauernsöhnen bestanden hat. So war es eben damals. *Wenn Sie wirklich mathematisch Gleichberechtigung der Landwirtschaft beim Zoll postulieren wollen, dann müssen Sie eben in erster Linie den Art. 29 revidieren, sonst ist Ihr Begehren verfassungswidrig...*

Ich möchte Ihnen nur sagen, dass den Bauern mehr als Zölle eine bessere *Organisation* des Verkaufs ihrer Produkte in Städten und grossen Ortschaften nützen wird, die im Ganzen heute noch dieselbe ist, wie vor Jahrhunderten ....

Wir verwerfen den Mehrheitsantrag, *weil der in Kraft gesetzte Gebrauchstarif nach verschiedener Richtung wirtschaftlich und sozial verfehlt ist;* zweitens, *weil dieser Gebrauchstarif, vor die Volksabstimmung gebracht, von der Mehrheit des Volkes verworfen worden wäre,* und drittens *weil dieser Gebrauchstarif ein unannehmbares Präjudiz für den kommenden Generaltarif bilden würde.*

Aus der Rede von Nationalrat Josef Scherrer
(11. Oktober 1921.)

..... Es ist unerlässlich, dass die Zollpolitik auf die wirtschaftliche Struktur des Landes Rücksicht nehmen muss, und da scheint es mir, dass man in der heutigen Debatte und in den früheren Verhandlungen auf die eine

entscheidende Tatsache

der grossen Industrialisierung unseres Landes viel zu wenig Rücksicht genommen hat. *Die Tatsache, dass*

die landwirtschaftliche Bevölkerung vom Jahre 1840 bis 1910 absolut um gegen 200,000 Personen abgenommen hat, während in der gleichen Zeit die übrige Bevölkerung um 1,600,000 Personen zugenommen hat, muss auch heute bei der Gestaltung unserer Wirtschaftspolitik berücksichtigt werden. Wohl *70 Prozent* der Arbeiterschaft leben nun in unserem Lande aus der Arbeit in der Exportindustrie. Wir sind schon für die *Ernährung* auf die Erträge ausländischer Produktionsgebiete unerbittlich angewiesen. Vor dem Kriege haben wir zwei Drittel des Eiweissbedarfes und fast drei Fünftel des Kohlehydratbedarfes vom Ausland bezogen. Ebenso müssen wir die Rohstoffe für unsere Industrien vom Auslande beziehen. Diese Tatsachen, die nicht wegdisputiert werden können, zeigen, dass wir in hohem Masse in die *Abhängigkeit des Auslandes gekommen sind,* dass wir aus unserer eigenen Kraft, aus unserer eigenen nationalen Wirtschaft heraus unsere wirtschaftlichen Bedürfnisse nicht genügend befriedigen können.

Wir sind auf den *Weltmarkt* angewiesen und was wir zu wenig an Erträgen aus Gütern besitzen, das müssen wir vom Ausland beschaffen und müssen es mit dem Arbeitsprodukt, das wir hier herstellen, verdienen. Wir sehen nun eine stark

protektionistische Bewegung

durch unsere Zeit gehen. Sie ist eine *grosse Gefahr* für unsere Wirtschaft. Sie führt zu einer wachsenden Abschliessung unserer Industrien und unseres Wirtschaftskörpers gegenüber dem Ausland und ist ja letzten Endes nur die Auswirkung der politischen Verhältnisse der Gegenwart, vor allem des unglückseligen Weltkrieges. *Diese protektionistische Bewegung verhindert, dass die Menschen und Länder das produzieren, wozu die Natur, ihre besonderen Anlagen und Fähigkeiten sie eigentlich bestimmt haben. Sie verhindert alle rationelle und grosszügige Weltwirtschaft,* die den Bedürfnissen der Völker gerecht werden dürfte, und sie stellt damit eine schwere Hemmung des internationalen und interkontinentalen Güterverkehrs und Austausches dar. Man ist daran gegangen, durch die Zollpolitik, Einfuhrbeschränkungen und andere Massnahmen, auch durch unsere Monopolwirtschaft des Bundes die Abschliessung der Grenzen vorzunehmen. Wir sollen in der Schweiz ohne weiteres auf das verzichten, was im Ausland dank anderer, günstigerer Produktionsfaktoren dauernd günstiger hergestellt werden kann! Das gewollte und absichtliche *Unterbinden jeder Konkurrenz* bietet nicht nur eine Gefahr für den Konsumenten, sondern auch eine Gefahr für das Gewerbe selbst; denn ich bin überzeugt, dass dann die Qualität des Gewerbes leiden müsste, dass aber unsere Zukunft nur durch höchste, beste, vollkommenste Leistungen gesichert wird. *Die wirtschaftliche Isolierung der Schweiz widerspricht der Wirtschaftsgeschichte unseres Landes, sie widerspricht der Struktur und den wirtschaftlichen Notwendigkeiten unseres Vaterlandes.* Die Industrie und vorab die *Exportindustrie* erklärt uns, dass sie auf den Weltmarkt und die Weltpreislage angewiesen ist. Sie fordert daher mit Recht die Anpassung an den Weltmarkt. Diese Anpassung müssen *wir* suchen, denn die andern werden sich kaum uns anpassen. Sie werden das der schönen Augen der Schweizer wegen nicht tun, sondern es wird unsere Aufgabe sein, diese Anpassung zu suchen. Es mag das längere Zeit dauern, aber wir werden nicht darum herumkommen!...

Vor allem ist ein grosser Teil unserer *Kleinbauern* auf die Industrie unerbittlich angewiesen. *Die Landwirtschaft unseres Landes ist übrigens selbst nicht imstande, nur den eigenen Kräftezuwachs beschäftigen zu können.* Diese Kräfte sind zu einem schönen Teil überflüssig und müssen in Industrie und Gewerbe übergehen. Wenn aber die Industrie dauernd lahmgelegt wird, wird das auch die grössten und fatalsten Rückwirkungen auf die Landwirtschaft selbst haben. *Den Kleinbauern hat man angeblich mit diesen Schutzzöllen helfen wollen, man brauchte aber die Argumentation, um andere Positionen zu verteidigen, bei denen der Kleinbauer der Leidtragende ist. Denn er muss einen grossen Teil der Güter kaufen. Für die wird er mit dem vollen Zollansatz belastet. Einen andern Teil produziert und konsumiert er selbst und da geniesst er den Gewinn des Zollschutzes nicht....*

Man hat in der Debatte und auch in der Presse ausserordentlich viel von der

Gleichberechtigung

gesprochen. Man stellte zunächst die Landwirtschaft der Industrie und dem Gewerbe gegenüber. Ich will gegen diese Gegenüberstellung nichts einwenden, aber ich vermisse dabei schmerzlich, *dass man die Frage der Gleichberechtigung nicht auch für den Arbeiterstand* untersucht und eigentlich gar nicht nach dieser grossen Volksgruppe frägt! Man hat das schöne Wort vom Schutz der nationalen Arbeit geprägt. *Das bedingt auch den Schutz der industriellen Arbeit, den Schutz des Industriearbeiters und seiner Existenz. Wie sieht es nun da aus? Einmal hat der Arbeiter mit den übrigen Konsumenten die ganze Last der Teuerung zu tragen. Er hat damit während des Krieges und in der Nachkriegszeit andern Leuten ein hohes Einkommen ermöglicht.* Er selbst hat in oft erbittert geführten Kämpfen um Teuerungszulagen *keinen vollen Ausgleich mit der Teuerung erreicht.* Nach dem Ende des Krieges folgte zuerst wieder der *Lohnabbau,* ohne Rücksicht darauf, ob ein solcher durch die Verhältnisse gerechtfertigt war oder nicht. Dieser Lohnabbau hat zu einem schönen Teil eingesetzt, vor allem in den darniederliegenden Industrien. 20-, 30- bis 40prozentige Lohnreduktionen sind bereits eingetreten. In der Stickereiindustrie sind die Löhne zu einem schönen Teil unter das notdürftige Existenzminimum herabgeworfen worden. *Da hat sich der Staat, der die nationale Arbeit schützen will, auf den Standpunkt des freien Spiels der Kräfte gestellt und erklärt: wir können die Arbeiter nicht schützen! Man hat das letzte Mittel, die Mindestlöhne noch aufgehoben und so dem Standpunkt des Manchestertums recht gegeben! Der Arbeiter wurde vogelfrei erklärt! Da frage ich nun, wo ist die berühmte Gleichberechtigung aller Stände? Sie ist bis jetzt noch nicht geschaffen. Wenn wir sie schaffen wollen, dann muss sie auch den Schutz des Lohnarbeiters bringen, sonst ist sie eine blosse und heute gefährliche Phrase.*

Die dauernde Hochhaltung der landwirtschaftlichen Produktionspreise wird über kurz oder lang auch *folgenschwere* Rückwirkungen auf die Landwirtschaft selbst haben. Wir haben wachsende Steuern, Arbeitslosenlasten u. s. f., und zwar deshalb, weil unsere Industrien nicht konkurrenzfähig sind, weil sie zu teuer arbeiten müssen. Da fallen die Lasten auf jene Kreise, die schliesslich doch etwas besitzen und etwas versteuern können. Wir führen den Kampf gegen die Arbeitslosigkeit am wirksamsten, wenn wir die Konkurrenzfähigkeit der Industrien wieder herstellen. Bisher haben sich zwar die Vertreter der Industrie nicht besonders gewehrt. Sie verteidigen in den obersten Spitzen sogar den neuen

Gebrauchstarif. Ich will nicht untersuchen, welche «höheren» Erwägungen zu diesem Standpunkt geführt haben. Sicher ist, dass ein grosser Teil der untern, mittleren Gewerbetreibenden und Industriellen der Meinung ist, dass hier eingesetzt werden muss und dass der Staat nicht durch solche Zollmassnahmen hemmend auftreten darf.

Der Schutz des Staates soll übrigens nach allgemein anerkannten Grundsätzen in erster Linie für die Schwachen eintreten. Wir müssen uns daher dagegen wenden, dass der staatliche Schutz bestimmter Klassen *einseitig nur auf die Schultern einer Klasse gelegt wird, die bisher schon am wenigsten gehabt hat. Das ist bei dem in Kraft gesetzten Gebrauchstarif der Fall.* Wir sind glücklich soweit gekommen, dass die *zahlreichste, kopfreichste Familie am meisten und schwersten belastet wird.* Darüber kommen wir nicht hinweg: *Das ist eine soziale Härte, ja Ungerechtigkeit, weil oft auf den notwendigsten, unentbehrlichsten Artikeln gerade noch die höchsten Zollansätze geschaffen worden sind.* Wenn wir auch keineswegs jeden Schutz bestimmter Wirtschaftszweige ablehnen, so können doch verschiedene Mittel, nicht nur ausschliesslich Zölle einen Schutz schaffen. *Es braucht nicht einseitig zu Lasten der schwächsten Schichten des Volkes zu gehen....*

Die Kabinettspolitik, wie sie in dieser Frage zutage trat, steht der ältesten Demokratie kaum gerade besonders gut an.

Auszug aus der Rede von Nationalrat Dr. Duft
(12. Oktober 1921.)

...Es lag im Februar die wiederholte und nachdrückliche Zusicherung des Bundesrates vor, die in Art. 29 der Bundesverfassung verankerten Grundsätze *getreulich beobachten,* die Rohstoffe und lebensnotwendigen Gegenstände im neuen Zolltarif *nur gering belasten zu wollen.* Ich berufe mich in dieser Hinsicht auf die bundesrätliche Botschaft vom 24. Januar 1921 und *auf die wiederholten mündlichen Zusicherungen und Versprechungen des Bundesrates anlässlich der Zolltarifdebatte vom Februar dieses Jahres.* Diese waren denn auch der bestimmende Grund, weshalb Herr Nationalrat Baumberger seinen damaligen Antrag auf Einsetzung einer parlamentarischen Kontrollkommission zur Ueberprüfung der bundesrätlichen Zolltarifrevision zurückzog.

Diese bundesrätlichen Zusicherungen blieben leider unerfüllt. Diese bedauerliche Tatsache hinterliess eine bittere Enttäuschung bei jenen Volksvertretern, welche ihr schliessliches Ja zugunsten der Kompetenzübertragung an den Bundesrat nur auf Grund dieser Zusicherungen abzugeben vermocht hatten. Zu diesen gehören auch die christlichsozialen Nationalräte. *Es bemächtigte sich aber auch des Volkes eine grosse Enttäuschung und eine noch grössere Erregung,* die sich sowohl gegen den Bundesrat als auch gegen die Bundesversammlung richtet; denn *an Stelle der versprochenen mässigen Mehrbelastungen sind zahlreiche Gegenstände des notwendigen Volksbedarfes mit hohen, ja teilweise übermässig hohen Zöllen belastet worden.*

Der Bundesrat sucht sich nun allerdings zu rechtfertigen, indem er dem Art. 29 der Bundesverfassung eine *höchst bedenkliche Auslegung gibt.* Sodann aber versucht er die Rechtfertigung auch mit dem Hinweis auf die

Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage

unseres Landes seit dem Monat Februar. Dieser Hinweis des Bundesrates ist leider an und für sich richtig; unrichtig ist aber der Schluss, den der Bundesrat aus dieser Tatsache zieht. Es ist mit Bedauern zu konstatieren, dass die wirtschaftlichen Verhältnisse des Schweizerlandes sich seit Februar bedeutend verschlimmert haben. Die Arbeitslosigkeit hat sich gesteigert, der Lohnabbau ist ohne merklichen Preisabbau vorangeschritten, die Kaufkraft des Volkes ist noch mehr gesunken; kurz, das Elend des Volkes ist noch grösser geworden. *Alle diese Tatsachen hätten jedoch den Bundesrat gemahnen müssen, erst recht dem gegebenen Worte treu zu bleiben, die Revision des Zolltarifes nicht zu überspannen, die Teuerung nicht vergrössern zu helfen.* Wenn der Bundesrat von den von ihm und von der Bundesversammlung im Februar markierten Grundlinien abweichen wollte, dann hätte für ihn die Pflicht bestanden, wieder an das Parlament zu gelangen, um sich das der Volksvertretung gegebene Wort wieder zurückgeben zu lassen und um die Kompetenz für eine Kursrichtung einzuholen. Herr Bundespräsident Schulthess hat ja bei der Beantwortung der Interpellation Hunziker im vergangenen Juni *ungescheut und zielsicher eingestanden, dass ein neuer Kurs, ein neues Prinzip eingeschlagen worden ist. Das Vertrauen des Volkes in die oberste Landesbehörde hat eine schwere Erschütterung erlitten.* Der Bundesrat selbst hat diesen schwersten Abbruch am Volksvertrauen zu verantworten. Das ist wohl eine der schmerzlichsten Wunden, die der begonnene Zollkrieg dem ohnehin mehr kranken als gesunden schweizerischen Volkskörper geschlagen hat........

Der Ausgleich ist bei dem Zolltarif gar nicht gesucht worden. Er konnte nicht erreicht werden, weil die Expertenkommission — bestehend aus einem Landwirtschafts- und zwei Industrievertretern, sowie drei Beamten — zu einseitig zusammengesetzt war und weil jenen Volksgruppen, welche die teure Zeche schliesslich zu bezahlen haben, gar kein Plätzchen in derselben eingeräumt worden war........

Herr Evéquoz behauptet, bedauerlicherweise ohne Vorbehalt und Einschränkung, jene, welche gegen diesen Tarif seien, liessen sich nur vom *Hasse gegen die Landwirtschaft* leiten. Solche Worte sind hart, verletzend und ebenso unschweizerisch, *wie jene andern Anwürfe, die diejenigen Volksgenossen, welche die gegenwärtige Zollpolitik des Bundesrates nicht mit Haut und Haar schlucken wollen, die gute Treue und die vaterländische Gesinnung kurzerhand aberkennen. Ich lege Wert darauf, hier Verwahrung einzulegen gegen derartige Beleidigungen; ich lege Verwahrung ein gegenüber solchen Alleinpächtern des Patriotismus.*

Der gegenwärtigen

Wirtschaftspolitik des Bundes

kann der Vorwurf nicht erspart werden, dass sie ihre Pflicht gegenüber dem Preisabbau nicht erfüllt. Gegenteils, der Bund arbeitet dem Teuerungsrückgang direkt entgegen; einmal durch die Ueberspannung der Zölle, sodann durch die Uebertreibungen bei den Einfuhrbeschränkungen, ferner durch die *Nichtbekämpfung jenes Zwischenhandels,* der die Gebote des gerechten Preises missachtet, weiter durch die *Bundesmonopolwirtschaft.* Herr Nationalrat Sulzer hat behauptet, dass Fälle vorkommen, wo der Zwischenhandel 100 und mehr Prozent Gewinn einheimst. Es dürfen die Vorwürfe gegenüber dem Zwischenhandel nicht verallgemeinert werden, das wäre ungerecht. Da, wo aber den Behörden wirkliche Wucherfälle bekannt werden, haben sie die Pflicht, gegen der-

artige Parasiten am Volkswohl mit dem Staatsanwalt und dem Wucherparagraphen vorzugehen.

Die *Monopolwirtschaft* des Bundes hat in diesem Ratssaal schon oft zu Beanstandungen Anlass gegeben. Im Volke wird mit Recht gefordert, dass der Bund, gleich wie man dies dem Privathandel zumutet, seine Pflicht zum Preisabbau dadurch erfülle, dass er die Warenstocks dem Konsum zu den Marktpreisen abgebe. Doch die beharrlichen und lauten Rufe aus dem Volk, aus dem Parlament und aus der Presse verhallen stets wirkungslos an tauben Ohren. Immer werden aufs neue Waren angekauft und die Lager gehäuft; fortwährend werden die Bundesmonopolwaren zu höheren als den Weltmarktpreisen in den Handel gesetzt. Liegen doch heute 22,000 Wagen Getreide, 6200 Wagen Zucker und je 1000 Wagen Benzin und Petrol in den Lagerhäusern herum! Im Volke hat sich ein heftiger Groll gegen die Bundesmonopolwirtschaft angesammelt. Der Groll ist im Steigen begriffen, weil die Monopolwirtschaft allen Reklamationen zum Trotz ständig weitergeführt wird. Denn Preis- und Monopolabbau ist es nicht, wenn kurz vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung ins Volk hinaus verkündet wird, der Zuckerpreis stehe im Begriffe, einige Rappen aufzuschlagen. Eine solche Brosamenpolitik verbittert.

Um den Zolltarif herum haben sich so viele

Ungereimtheiten und Widersprüche

angesammelt, dass manche Gutgesinnte ob diesem Treppauf-Treppab irre werden könnten. Ich will mich nur kurz aufhalten bei jenem höchst merkwürdigen Artikel, der durch die — ich weiss nicht halb- oder ganzoffiziöse — *Mittelpresse* im August d. J. ins Schweizerland hinaus dirigiert wurde und in welcher Meldung mit sichtlicher Nervosität die *Vaterschaft am neuen Zolltarif hin- und hergeschoben oder auch abgeleugnet werden wollte.* In diesem interessanten Artikel heisst es u. a.: «Der Tarif wurde sodann von einer Kommission vorberaten, in der hervorragende Vertreter aller Wirtschaftsgruppen sassen.» Wir wissen, dass diese Behauptung falsch ist. Weiter sagt die Meldung: «So weiss man zum Beispiel genau, dass der hervorragende Vertreter von Handel und Industrie, Nationalrat Frey, mit dem Tarif nicht nur einverstanden war, sondern als dessen eigentlicher Vater bezeichnet werden darf.» Weiter heisst es: «Der Bundesrat hat sich in seiner Gesamtheit mit dem Tarif beschäftigt.... Er, die Gesamtbehörde, ist verantwortlich, um seine Politik handelt es sich, und nicht um die des Finanz- oder Volkswirtschaftsdepartementes. Es geht deshalb nicht an, einem einzelnen, z. B. Bundespräsident Schulthess, zu unterschieben, er hätte die Tarifrevision allein gemacht.» So geht es nicht selten bei *illegitimen* Kindschaften.

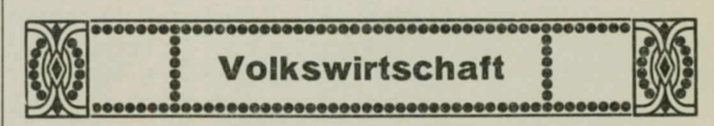
Von seiten des Bundesrates wurde sodann erklärt, wir hätten es mit einem Gebrauchstarif, mit einem blossen, ja starren Gebrauchstarif zu tun. Die bundesrätliche Botschaft behauptet sogar mehr noch als das, indem sie ausführt: «Während der Zolltarif von 1902 ein sog. Generaltarif war, der nur zur Anwendung gelangen sollte, wo nicht Handelsverträge niedrigere Ansätze vorsahen, *so ist der von uns aufgestellte Tarif als ein Gebrauchstarif anzusehen, d. h. er kommt in dieser Form zur direkten Anwendung und ist als Minimaltarif gedacht.*» .... Weiter wurde versichert, dieser *Tarif sei unabänderlich und als Ganzes zu betrachten, der Bundesrat lasse daran nicht rütteln.* So sprach Herr Bundespräsident Schulthess am sog. vaterländischen Volkstag in Winterthur. *Gestern*, ausgerechnet auf Beginn der nationalrätlichen Zolldebatte, haben wir erfahren können, dass wir es doch mit einem variablen Tarif zu tun haben. Der Bundesrat gab seinen Beschluss auf Reduktion des Schlachtschweinezolles um 40 Prozent bekannt: er glaubte wohl, die scharfe Opposition damit einigermassen beschwichtigen zu können. Ich betrachte die Reduktion auf dieser Zollposition jedoch nur als eine erste[1]) *Abschlagszahlung an der Schuld des Bundesrates gegenüber dem Volke! Uebrigens bedankt sich das Volk für eine solche Gnadenpolitik des Bundesrates, die in Wirklichkeit nichts anderes als Orgetorix-Politik ist.*

Die Stimmung gegen diesen Zolltarif

wäre nicht so erbittert, nicht so umfassend und heftig, *wenn Elend und Not des Volkes nicht so gross wären.* Im Stickereigebiet sind Lohnreduktionen bis zu 50 Prozent vorgekommen: Stickereimädchen müssen heute mit einem Stundenlohn von 30—40 Rappen, gegenüber früher 65 Rappen, arbeiten; die Stickerlöhne sind von Fr. 1.80 auf 90 Rappen pro Stunde reduziert worden. Vielen Familien, die noch Arbeit haben, reichen ihre kärglichen Einkünfte nicht mehr an das Existenzminimum heran. Die Arbeitslosigkeit greift in verheerender Weise um sich. Gegenwärtig müssen wohl 500,000 Volksgenossen auf Kosten der Oeffentlichkeit leben. Das Verhängnis in der Exportindustrie schreitet weiter. Die Not in der Hotellerie wird unhaltbar. Da, wo früher frisches, blühendes Leben pulsierte, geht heute die Not um, grinsen Kummer und Sorgen. Wenn der Notschrei aus dem Volke nicht erhört wird, so steigert man die Vertrauenskrise gewaltsam ins Unabsehbare, und der Schaden des Zolltarifs wird unbeschreiblich grösser sein als sein Nutzen. Mit Wehmut sehen Vaterlandsfreunde schwere Stunden hereinbrechen, wenn die erlösende Tat ausbleiben sollte.

* * *

Schlussbemerkung des Verfassers zu Abschnitt IX: «Schärfer, als wie es hier von den drei christlich-sozialen Nationalräten geschehen ist, kann der verfassungswidrige Zolltarif von 1921 wohl nicht verurteilt werden; sie entheben uns jedes Kommentars.»



Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Von der schweizerischen Handelsstatistik ist soeben das vierte Quartalheft für 1922 erschienen. Da es bei jeder einzelnen Tarifposition auch die Gesamtsumme der Einfuhren und Ausfuhren im ganzen Jahrgang 1922 und dazu vergleichsweise die Zahlen von 1921 bringt, ermöglicht es bereits eine eingehende Uebersicht über die Entwicklung des schweizerischen Exports im vergangenen Jahre.

Der in der Reihenfolge der Zollpositionen erste Hauptartikel der schweizerischen Ausfuhr, die Schokolade, schneidet in diesem Jahre am schlechtesten ab. Von 112,000 q im Vorjahre ist der Export auf 61,000 q gesunken und der Wert ist noch stärker zurückgegangen, nämlich von 56,2 auf 26,4 Millionen Franken. Grossbritannien allein kaufte der Schweiz

[1]) *Anmerkung.* Bekanntlich ist das die einzige autonome Ermässigung auf dem Tarif von 1921 geblieben und nach kurzer Zeit, nachdem sie ihren Dienst, die *parlamentarische* Stimmung etwas zu bessern, getan, wieder aufgehoben worden.

für über 18 Millionen ab und nach ihm kommt gleich das kleine Dänemark mit 1,576,000 Franken, während Frankreich der Schweiz nur für 1,513,000 Franken Schokolade abgenommen hat. Deutschland kommt als Kunde kaum mehr in Betracht.

Beim zweiten wichtigen Exportartikel, der Kondensmilch, ist die Menge der Ausfuhr fast unverändert geblieben, 206,000 q gegen 212,000 im Vorjahre, aber der enorme Preisfall der Milch bewirkte einen Rückgang der Wertsumme von nahezu 46 auf 28,8 Millionen Franken. Einen grossen Aufschwung hat dagegen im Vergleich zum Vorjahr die Käseausfuhr genommen, wovon der Menge nach mehr als das Vierfache, nämlich 204,000 q gegen nur 45,000 q im Jahre 1921 ausgeführt wurden. Zum Unglück für die Produzenten entwickelten sich die Preise in umgekehrter Richtung, so dass der erzielte Erlös nicht eine Vervierfachung, sondern nur eine bescheidene Vermehrung von 28,1 auf 68,6 Millionen Franken erfuhr.

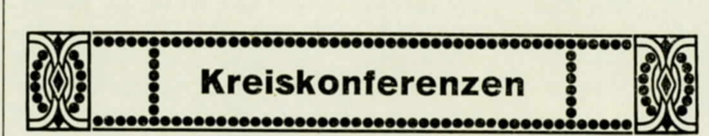
Mit einem Ausfuhrwert von über 26 Millionen Franken sind Schuhe aller Art ein wichtiger Ausfuhrartikel. Mit Ausnahme der Seidenschuhe verzeichnet die Ausfuhr bei fast allen Arten einen kleinen Rückgang und der Rückgang der Werte ist noch grösser wie der der Mengen, ein Beweis dafür, dass man die Preise hat abbauen müssen oder dass infolge der Weltkrisis die billigeren Sorten bevorzugt wurden. Nahezu die Hälfte der schweizerischen Schuhausfuhr geht nach England. Grossbritannien, die Vereinigten Staaten und Canada sind auch die Hauptabnehmer schweizerischer Strohwaren, deren Ausfuhr sich gegen das Vorjahr der Menge nach fast verdoppelte, während die Wertsumme von 14,5 auf 24,5 Millionen Franken anstieg. Dazu kommt noch die Ausfuhr von Tressen im Werte von 4,8 Millionen, die allerdings gegen das Vorjahr etwas zurückgegangen ist. Deutschland, das für die schweizerischen Strohwaren früher einer der wichtigsten Abnehmer war, spielt heute nur eine geringe Rolle.

Die schweizerische Papierindustrie wurde am frühesten und gründlichsten mit Einfuhrverboten umhegt und sie wurde nicht müde, über die schlechten Zeiten zu klagen; trotzdem hat sie vermocht, ihren Export sehr bedeutend zu steigern. An Zeitungsdruckpapier gingen 1922 über 107,000 q ins Ausland gegen nur 77,000 q im Vorjahre. Der Hauptabnehmer für diese und andere Papierarten ist Frankreich, das auch Hauptabnehmer der schweizerischen Holzausfuhr ist, denn die Schweiz, die vor dem Kriege weit mehr Holz importierte als ausführte, hat sich jetzt in ein Holzausfuhrland verwandelt. Freilich wird die Ausfuhr an Nadelholzbrettern zum Teil durch Einfuhr anderer Holzarten kompensiert.

Die Ausfuhr von Baumwollgarnen ist bei den meisten Positionen ungefähr auf gleicher Höhe geblieben, dagegen ist die Ausfuhr von Geweben vielfach zurückgegangen. Immerhin steht die Ausfuhr von Baumwollgeweben mit 113 Millionen, die Ausfuhr von Garnen mit 46 Millionen sehr bedeutend da. Für die meisten Kategorien war trotz seines schlechten Valutastandes Deutschland der Hauptabnehmer und zwar so sehr, dass es von vielen wichtigen Positionen zwei Drittel bis vier Fünftel der gesamten Ausfuhr aufnahm. Der Export von Plattstichstickereien hat sich gegen das Vorjahr etwas verbessert und erreicht dem Werte nach etwa zwei Drittel der letzten Friedensjahre, doch sind die Mengen weit geringer. Welch wichtiger Artikel die Kunstseide geworden ist, erhellt daraus, dass die Einfuhr auf 16,8, die Ausfuhr auf 19,5 Millionen Franken gestiegen ist, während vor zehn Jahren die Einfuhr nicht ein Zehntel, die Ausfuhr nicht ein Viertel dieser Zahlen erreichte. Die Ausfuhr von Seidengeweben aller Art hielt sich ungefähr auf der gleichen Höhe wie im Vorjahre und für Seidenbänder verzeichnete sie sogar einen starken Aufschwung von 59,8 auf nahezu 70 Millionen Franken. Grossbritannien und seine Kolonien, Australien und Canada kauften davon für über 53 Millionen.

Die Ausfuhr der verschiedenen Maschinenarten hat fast überall Rückgänge zu verzeichnen, die sich am stärksten bei der Ausfuhr elektrischer Maschinen geltend machen. Immerhin schneidet die Maschinenbranche im Vergleich zur Vorkriegszeit günstig ab, denn ihre gesamte Ausfuhr hat sich gegenüber 1912 von 105 auf 162 Millionen gehoben, während sich die Maschineneinfuhr von 61 Millionen auf 31 Millionen verringert hat. Schlechter ergeht es freilich der schweizerischen Automobilindustrie, da die Einfuhr die Ausfuhr um mehr als das Sechsfache übersteigt. Die Uhrenausfuhr hat sich etwas gebessert, was namentlich auf die vermehrte Nachfrage nach Armbanduhren und fertigen Werken von Taschenuhren zurückgeht.

Insgesamt hat die Ausfuhr der Schweiz 1761 Millionen Franken betragen, der eine Einfuhr von 1914 Millionen Franken gegenübersteht. Der Einfuhrüberschuss beträgt also 153 Millionen Franken, wenn die Handelsstatistik recht hat, was freilich nicht ausgemacht ist, denn sie ist keineswegs eine exakte Wissenschaft. Ein schweizerischer Genossenschafter hat bezweifelt, dass wir den grossen Ueberschuss der Einfuhr über die Ausfuhr, die sogenannte passive Handelsbilanz so sorglos ansehen dürfen, wie dies in einem früheren Wochenbericht einmal angeraten wurde. Ohne uns in einen Streit über den Unterschied von Handelsbilanz und Zahlungsbilanz einzulassen, wollen wir hier nur an ein Wort des alten, aber keineswegs veralteten Adam Smith erinnern, von allen unnützen Sorgen, die die Regierungen sich machten, sei die unnützeste die Sorge um eine günstige Handelsbilanz. Bisher hat die Erfahrung Adam Smith noch nie und nirgends dementiert.



Kreiskonferenz der bernischen Konsumvereine. Am 4. Februar abhin traten die Vertreter der bernischen Konsumvereine in Bern zu einer ausserordentlichen Kreiskonferenz zusammen, die an Wichtigkeit alle in der letzten Zeit abgehaltenen Versammlungen übertraf; das bewies schon die zahlreiche Teilnahme, waren doch 120 Genossenschafterinnen und Genossenschafter erschienen. Der wieder genesene Kreispräsident, Herr Tschamper, hatte nach kurzem Eröffnungswort Mitteilungen zu machen über den Verkauf von Drogen und die Errichtung eines Revisorates für die Sparkassen der Konsumvereine. Ueber den ersten Punkt nahm die Versammlung vom Berichte zustimmend Kenntnis, während der zweite einer eingehenden Besprechung unterzogen wurde. Allgemein wurde geäussert, dass zur vermehrten Sicherung der den Konsumvereinen anvertrauten Spargelder und obwohl für dieselben nirgends Gefahr bestehe, eine Kontrolle geschaffen werden solle, damit sowohl die Einleger als die Aufsichtsorgane beruhigt sein können. Auch der anwesende Präsident des Kreisverbandes II, Hr. Perret, Neuchâtel, unterstützte diese Voten und teilte

mit, dass sein Kreisverband für die Konsumvereins-Sparkassen im Kanton Neuenburg eine ähnliche Institution zu schaffen sich anschicke. Die zum Kreise II gehörenden Vereine des Berner Jura müssten selbstverständlich mit den übrigen bernischen Vereinen zusammengehen, damit zugleich den kantonalen Vorschriften, wenn einmal solche bestehen, Genüge geleistet werde. Er ersucht um Abordnung eines Delegierten an eine auf nächsten Samstag einberufene Konferenz zur Behandlung dieser Frage. Nach beendigter Diskussion beauftragte die Kreiskonferenz den Kreisvorstand, die Errichtung des Sparkassen-Revisorates eingehend zu prüfen und Vorschläge vorzulegen. Die Vereine sollen mittelst Fragebogen eingeladen werden, die nötigen Angaben über bestehende Sparkassen zu liefern. Ferner solle der V. S. K. nochmals ersucht werden, sich über die einschlägigen Fragen zu äussern, namentlich auch darüber, welche Erfahrungen mit der Revision der aargauischen Konsumsparkassen durch die Treuhandabteilung des V. S. K. gemacht worden seien.

Hierauf erörterte Herr Dr. Schär die von der letzten Delegiertenversammlung an den Aufsichtsrat gewiesenen Anträge der Vereine Schaffhausen, Grafstal und Goldau, beifügend, dass die Verwaltungskommission den Antrag stellen werde, es seien alle drei Anträge abzulehnen. Die Kreisversammlung erklärte sich mit dieser Stellungnahme einverstanden, da die fraglichen Vorschläge Ziele verfolgen, die nicht ganz im Interesse der einzelnen Genossenschaften liegen.

Das Thema «Propaganda zur Werbung neuer Mitglieder, sowie Aufmunterung der Mitgliedschaft», das zum Teil schon an der Murtener Konferenz berührt worden war, vermochte die Diskussionswellen schon höher schlagen zu machen. Neben der begonnenen Agitation mittelst Frauenversammlungen und Gründung von Frauenkommissionen beabsichtigt der Vorstand noch weitere Propagandamittel zur Verfügung zu stellen. Deshalb ersucht er die Vereine, über die einzuschlagenden Wege für eine allgemeine Propaganda Vorschläge einzureichen. Obwohl verschiedene Anträge fielen, waren doch die Abgeordneten nicht in der Lage, sich sogleich für etwas Bestimmtes zu entschliessen und man erhielt eher den Eindruck, dass viele Vertreter der Meinung zuneigten, man solle sie in ihrem Kreise machen lassen, wenn auch anerkannt wurde, dass eine gesunde und objektive Propaganda nützlich sein werde. Es wurde auch geäussert und wohl mit Recht, die beste Propaganda werde dadurch betrieben, dass man den Mitgliedern möglichst grosse Vorteile biete. In der Abstimmung blieb der Antrag, 2—3 Flugblätter per Jahr herauszugeben, in Minderheit, während der mündlichen Agitation mehrheitlich der Vorzug gegeben wurde. Der Kreispräsident verabschiedete das Geschäft mit dem Beifügen, der Kreisvorstand werde die Propagandamittelfrage weiter prüfen.

Die Seeschlange «Salzverkauf in den Genossenschaftsläden» musste der vorgerückten Zeit wegen auf die nächste Tagfahrt versenkt werden.

Jetzt ging der Präsident über zur Besprechung der Zolltarif-Initiative. Der Referent, Herr Dr. Schär, verbreitete sich vorerst über die Entstehungsgeschichte der Initiative, weil seit deren Lancierung geraume Zeit verstrichen ist, so dass den Anwesenden aus dieser Darstellung wieder gegenwärtig wurde, warum dieses Vorgehen eingeschlagen werden musste. Die Initiative ist deshalb berechtigt, führte Herr Dr. Schär aus, weil alle gegebenen Versprechungen über die Gestaltung der Zölle nicht gehalten wurden. Mit den neuen Zöllen legte man dem Volke eine Mehrabgabe von 70 Millionen Franken auf, ohne dass es dazu etwas zu sagen hatte, weil die Referendumsklausel ausgemerzt worden sei. Das Steuerrecht gehöre aber dem Volke und deshalb hätte der Zolltarif diesem unterbreitet werden sollen. Ferner stehe Art. 29 der Bundesverfassung auf dem Boden des Freihandels, der neue Zolltarif sei deshalb verfassungswidrig.

In der folgenden Diskussion wurde gewünscht, dass der Kreisverband seine Stellungnahme, Unterstützung der Initiative, beibehalte. Von einem Vertreter wurden Bedenken geäussert, weil bei Einführung ermässigter Zölle die Einfuhrmöglichkeit derart wirken würde, dass im Lande vermehrte Arbeitslosigkeit entstünde. Ferner hätte ihm die Erklärung der Geschäftsleitung der Genossenschaftsmühle Eindruck gemacht.

Herr Dr. Schär widerlegte in äusserst klarer Weise diese Anbringen und betonte besonders, dass jene Erklärung der Mühlen-Geschäftsleiter auf falschen Voraussetzungen basierte. Deutsches Mehl werde in der Schweiz nie in grossen Mengen zur Verwendung gelangen, weil wir an andere Brotqualität gewöhnt sind.

In der Abstimmung wurde mit 90 gegen 2 Stimmen die Resolution zum Beschluss erhoben, die in Nr. 6 des «Schweiz. Konsumverein» vom 10. Februar 1923 bereits veröffentlicht worden ist. Der Vorsitzende lud die Anwesenden ein, im Sinne der Resolution zu wirken.

Um 2 Uhr konnte die denkwürdige Kreisversammlung geschlossen werden. W.

Kreiskonferenz des Kreises IV, Kantone Solothurn, Baselstadt und Baselland. Die ausserordentliche Kreiskonferenz vom Sonntag, den 4. März, in Olten war verhältnismässig nur schwach besucht. Anwesend waren 67 stimmberechtigte Delegierte und 22 Gäste. Nicht vertreten waren 16 Genossenschaften unseres Kreises.

Herr Kreispräsident Gschwind leitete die Versammlung. Unter Mitteilungen gab er Kenntnis vom Schreiben der Engadiner Konsumgenossenschaft. Namens des Kreisvorstandes stellte er den Antrag, sich an der Hilfsaktion mit einem Beitrag von 100 Franken aus der Kreiskasse zu beteiligen, was einstimmig gutgeheissen wird. Dieser Beschluss soll jedoch kein Präjudiz für spätere derartige Gesuche zur Folge haben. Der Präsident ersuchte die anwesenden Vertreter der Vereine, wenn es die Mittel irgendwie erlauben, der bedrängten Genossenschaft nach Kräften beizustehen.

Ueber die Zollinitiative referierte in vorzüglicher Weise Herr Nat.-Rat Dr. O. Schär. Er erachtet es als unsere Pflicht, die Initiative kraftvoll zu unterstützen. Eine Initiative unterzeichnen, heisst auch, dazu stehen! Wird die Initiative abgelehnt, wird auch das System des Schutzzolles bestätigt. Als Konsumentenorganisation sollten wir in diesem Kampfe nicht ein Bild der Zerrissenheit, sondern der kraftvollen Geschlossenheit bieten. Nur so können wir den verteuernden Zollansätzen resp. den indirekten Steuern entgegentreten. Die überzeugende Art, mit der der Referent an Hand von statistischen Tatsachen die Inititive zu vertreten wusste, hat jedenfalls manchen Unentschlossenen zum Anhänger gemacht. Als Gegenreferent hatte der Kreisvorstand Herrn B. Jæggi,

Präsident der Verwaltungskommission des V. S. K., vorgesehen. Leider konnte er sich nicht entschliessen, das Referat zu übernehmen, bevor er die Gründe zu seiner Stellungnahme dem Aufsichtsrat dargelegt hat. Als Gegner der Initiative meldete sich Herr Aufsichtsrat Suter von Nieder-Schönthal zum Wort. Als Vertreter einer Genossenschaft mit mehrheitlich bäuerlichen Mitgliedern wies er auf die Gefahren der Initiative für die Produzenten hin. Er befürchtet durch die Annahme das Sinken der Preise für Vieh und landwirtschaftliche Produkte, so dass eine auskömmliche Existenz der Bauernsame in Frage gestellt würde. Ferner bezeichnet Herr Suter die Initiative als eine politische und nicht als eine wirtschaftliche Frage und es liege deshalb im Interesse der gesamten Genossenschaftsbewegung, wenn sich die Konsumvereine hierbei neutral verhalten. Herr Perrin, Maisprach, schliesst sich namens der dortigen Genossenschaft diesen Ausführungen an. Herr Roulet, Basel, beantragt namens des A. C. V. beider Basel, an die Propagandakosten für die Initiative einen Beitrag von Fr. 2000.— aus dem Propagandafonds zur Verfügung zu stellen. Für die Initiative äussern sich ferner Herr Ley, Freidorf, sowie Herr Angst, Basel. Letzterer betont das Grundprinzip des freien Güteraustausches zwischen den Genossenschaftern aller Welt. Der Zoll soll in einem gewissen Wertverhältnis zu den Waren stehen. Die Zollerhöhungen sollten im Maximum das Verhältnis zum Index nicht übersteigen. So wie es heute ist, zeigt uns klar und deutlich, dass der Bundesrat die Interessen der Gesamtheit nicht von hoher Warte aus wahrnimmt, sondern dass er sich zum Anwalt einzelner Interessengruppen hergibt. Namens des A. C. V. empfiehlt er folgende Resolution:

I. Die Kreiskonferenz erklärt sich ausdrücklich mit dem am 18. Juni 1921 von der Delegiertenversammlung in Luzern gefassten Beschluss betr. die Zollerhöhungen und Einfuhrbeschränkungen einverstanden.

II. Sie erklärt ihre Zustimmung zum Inhalt der zur Abstimmung kommenden Zollinitiative und beauftragt den Kreisvorstand für die Annahme der Initiative in den im Kreis IV zusammengeschlossenen Verbandsvereinen einzustehen.

III. Sie empfiehlt den dem Kreis IV angehörenden Verbandsvereinen, ihre Mitglieder über den Zweck der Initiative aufzuklären und sie aufzufordern, am 14. und 15. April ihre Stimme zu Gunsten der Initiative abzugeben.

Herr Portmann, Basel, beantragt, in dieser Abstimmungskampagne strikte Neutralität zu wahren. Er empfiehlt folgende Resolution:

«Die heutige ausserordentliche Kreiskonferenz geht nach Anhörung der Reden und Gegenreden bei Besprechung der Zollinitiative zur Tagesordnung über und überlässt es jedem einzelnen, in dieser Angelegenheit seine Stimme nach persönlichem Ermessen im Interesse unseres Vaterlandes abzugeben.»

Nachdem noch die Herren Ramel, Olten, und Jeggli, Basel, für die Resolution Angst eintraten, widerlegte der Referent, Herr Dr. Schär, die Argumente der Gegner in einem temperamentvollen Schlusswort. Die Resolution Angst wurde hierauf mit 34 gegen 21 Stimmen angenommen und hierauf der beantragte Kredit bis zum Betrage von Fr. 2000.— mit 35 gegen 7 Stimmen bewilligt.

Ueber die Revision des Zweiliter-Artikels referierte ebenfalls Herr Dr. Schär. Mit allen gegen 3 Stimmen wird für Beibehaltung der gegenwärtigen Verfassungsbestimmung entschieden.

Unter Verschiedenem wird eine Anfrage von Herrn Meier, Niedergösgen, bezüglich der solidarischen Haftbarkeit der Mitglieder von Herrn Dr. Schär beantwortet.

Nach 12 Uhr konnte der Präsident die zeitweise etwas lebhafte Tagung schliessen. Dabei gab er der Hoffnung Ausdruck, der Genossenschaftsgedanke möge unter der Abstimmungskampagne keinerlei Schaden erleiden.

Der Berichterstatter: *A. R.*

Kreis VII. Die ausserordentliche Konferenz des Kreises VII des V. S. K. hat in ihrer Versammlung vom 25. Februar 1923 in Zürich nach Anhörung eines Referates von Nat.-Rat Dr. Schär, Vizepräsident der Verwaltungskommission, über den gegenwärtigen Stand der Zollinitiative und nach gewalteter Diskussion mit 35 gegen 11 Stimmen, die für Freigabe der Stimme votierten, beschlossen:

1. Die Kreiskonferenz erklärt neuerdings ihr Einverständnis mit dem Zweck und Wortlaut der Zollinitiave.
2. Sie beschliesst ihrerseits, mit allen Kräften für einen vollen Erfolg der Initiative bei der Volksabstimmung vom 15. April zu wirken.
3. Sie empfiehlt allen zürcherischen und schaffhauserischen Konsumvereinen, auch ihrerseits in gleicher Richtung tätig zu sein und insbesondere das «Gen. Volksblatt» ausschliesslich zugunsten der Initiative zu verwerten.

R. St.

Steuerwesen

Steuerrechtliches aus dem Kanton Bern. Die Zentralsteuerverwaltung hat gemeinsam mit der kantonalen Rekurskommission für das Steuerjahr 1923 betreffend Abschreibungen am Betriebsinventar folgende Richtlinien aufgestellt:

Abschreibungen auf dem Buchwert mit bestimmten Ansätzen werden unter folgenden Bedingungen als zulässig erklärt:

1. wenn eine geordnete Buchhaltung mit umfassenden Inventuren vorliegt;
2. wenn Bestand und Zusammensetzung des Betriebsinventars richtig ausgewiesen wurde;
3. wenn alle Neuanschaffungen, wertvermehrende Aufwendungen und Selbsterneuerungen über Bestandkonti verbucht in der Schlussbilanz erscheinen, oder bei einfachen Buchhaltungen aus den Inventuren genau ersichtlich sind;
4. wenn bei vorhandenen Amortisationskonti nur die Differenz zwischen Bestandkonti und Amortisationskonti als Berechnungsbasis dient;
5. wenn das Betriebsinventar in der Eingangsbilanz nicht mit übersetzten Werten eingestellt ist;
6. wenn die notwendigen Unterlagen den Taxationsinstanzen eingereicht wurden;

Die unter diesen Bedingungen zuzulassenden Abschreibungsansätze werden wie folgt bestimmt:

1. Klasse. Abschreibungsansatz 10%
Bureau-, Laden-, Werkstattmobiliar, Lagereinrichtungen mit Mobiliarcharakter, Lagerfässer usw.

2. Klasse. Abschreibungsansatz 15%
Maschinen und Apparate zu Produktionszwecken, zur Krafterzeugung und Uebermittlung und Kontrolle. Transportmittel aller Art, Wagen, Pferde.

3. Klasse. Abschreibungsansatz 20%
Unter speziellen Bedingungen arbeitende Maschinen, Kraftfahrzeuge aller Art, grössere Werkzeuge und Geräte.

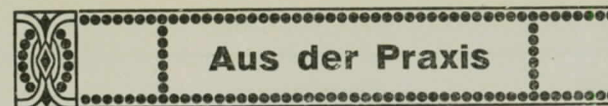
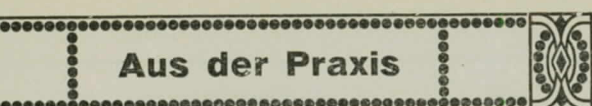
4. Klasse. Abschreibungsansatz 25%
Hand-Werkzeuge, Werkgeschirre, Geräte, Maschinenwerkzeug. (Werkzeuge die innerhalb eines Betriebsjahres restlos verbraucht werden, dürfen über Unkosten abgeschrieben werden.)

Für Objekte (Maschinen, Geräte usw.) die nachweisbar innert 2—3 Jahren totaler Entwertung anheimfallen, sind nach Prüfung besondere, angepasste Abschreibungsansätze zuzulassen.

Abschreibungen auf dem Anschaffungswert sind unter zwei Bedingungen zuzulassen:

1. sie müssen durch Staffelinventuren oder andere geeignete Hilfsmittel belegt werden;
2. sie sind entsprechend der Wirkung der festgelegten Ansätze für Abschreibungen auf dem Buchwert festzusetzen.

V. R.

Aus der Praxis

Umsatz. Die grosse Sorge vieler Verwaltungen bildet gegenwärtig die Frage, wie der Umsatz gesteigert werden könnte, um ihn in ein günstigeres Verhältnis zu den Unkosten zu bringen. Der Lohnabbau begegnet grossem Widerstand und ist im Grunde genommen ebenfalls ein Mittel, die Kaufkraft einer Anzahl dem Geschäft sehr nahe stehender Konsumenten zu vermindern. Die Kaufkraft hat zwar am Bedürfnis eine Grenze, denn dasselbe steigt nicht im Verhältnis zum grösseren Einkommen und ist zudem noch von der Grösse der Familie abhängig.

Die Hauptfrage liegt darin, den Konsumenten dahin zu bringen, dass er lieber in den Konsumladen geht als zum Privatkrämer, während es heute oft umgekehrt ist. Es wäre interessant, das Resultat einer Umfrage kennen zu lernen, warum das so ist, namentlich in bezug auf Spezerei- und Kolonialwaren. Bei den andern Artikeln, wie z. B. Tuch- und Schuhwaren, ist die Konkurrenz namentlich in den Städten so gross, dass es begreiflich erscheint, wenn der geldarme Konsument sich dort eindeckt, wo er glaubt, am billigsten bedient zu sein. Die vielen Liquidationen in diesen Artikeln, wo zu Schleuderpreisen offeriert wird, sind ein Anziehungsmittel ersten Ranges. Sie sind aber auch ein Fingerzeig für unsere Genossenschaften, mit der Einrichtung von Spezialgeschäften vorsichtig zu sein. Denn *hier* entstehen die vielen Ladenhüter, welche das Lager belasten und die Betriebsmittel unproduktiv festlegen. Soll man die unkuranten Waren selbst liquidieren oder en bloc abstossen, d. h. verschleudern? Das letztere ist das bequemere Mittel, dafür aber das schlimmere, denn man erleidet grössere Verluste und vermehrt die Konkurrenz. Darum dürfte es ratsamer sein, selber zu liquidieren. Ein Teil dieser Waren sollte von Zeit zu Zeit im Schaufenster möglichst billig ausgestellt sein mit Preisangabe. Auch die Kundschaft soll im Laden fortwährend darauf aufmerksam gemacht werden. Hier wird viel gesündigt. Die Ladenhüter werden möglichst weit weg gelegt, damit man diese unangenehmen Mahner nicht sieht und so haben sie nur noch die «Ehre», jedes Jahr beim Inventar ihre Anwesenheit beurkundet zu «sehen». Diese Waren sollten im Gegenteil ganz nahe zur Hand sein, damit sie bei jeder Gelegenheit vorgelegt werden können. Wir haben doch gegenüber einem plötzlich auftauchenden Schleuderlager, das seine Abnehmer zuerst durch grosse Reklame suchen muss, den Vorteil, dass wir die Kundschaft schon haben, nur *wird sie nicht richtig behandelt.* Es ist keine Kunst, zu verkaufen, was verlangt wird, man muss auch diejenigen Artikel verkaufen können, welche infolge ihres Alters oder wegen andern Mängeln ab dem Lager sollten. Aber nur nicht mangelhafte Qualität zu Tagespreisen abgeben, sonst ist der Kunde verloren. Eine genaue Lagerkontrolle muss periodisch feststellen, was entwertet ist und billiger verkauft werden muss. Viele, viele Käufer wären dankbar, wenn sie jeweilen auf solche Gelegenheitsartikel aufmerksam gemacht würden.

Im Spezereigeschäft sind die Ladenhüter seltener, sind aber auch vorhanden und werden zum Schaden des Umsatzes verkauft wie frische Waren. Das Personal hat vielleicht Angst, diese Artikel in das Zentralmagazin zurückzugeben und verkauft sie etwa an Kinder. Zu Hause fasst die Mutter dann den Entschluss, diesen oder jenen Artikel nicht mehr im Konsumverein zu kaufen, denn lange nicht alle bringen es über sich, eine Reklamation am richtigen Ort anzubringen. Eine Verkäuferin, welche ersichtlich mangelhafte Waren zum Tagespreis verkauft, gehört im Wiederholungsfall vom Ladentisch hinweg, so gut wie diejenigen, welche stets schlechter Laune sind und ihre Nervosität offensichtlich zur Schau tragen. Man will freundlich bedient sein, ob Dame oder armes Fraueli. Ein wunder Punkt ist das Warten auf die Bedienung. Gewöhnlich geht es zwar nie so lang, wie sich die Wartenden einbilden, schon anwesend zu sein. Eine an gut sichtbarer Stelle angebrachte Ladenuhr ist kein Luxus, nur sollte sie «gehen». Für die Zeit des grössten Andrangs sollen Hilfskräfte da sein, welche sich bezahlt machen. In Geschäften mit mehreren Verkäuferinnen dürfte das System der Kassiererin gewählt werden, damit nur an einer Stelle bezahlt und eventuell eingepackt wird. Die Kundschaft ist zum grössten Teil nur ungeduldig, bis sie die gewünschten Waren hat, nachher kommt es auf einige Minuten mehr oder weniger nicht mehr an. Das haben die Warenhäuser auch begriffen und richten sich danach ein.

Zu einer richtigen Organisation des Verkaufs gehört auch die zweckmässige Einrichtung des Verkaufslokals, und zwar für alle Magazine gleicher Gattung nach einer festgesetzten Norm. Die Reihenfolge der Einlagerung in die Schubladen und Fächer soll, wenn irgend möglich, überall die gleiche sein, damit sich das Aushilfspersonal schnell zurechtfindet und die Lagerkontrolle erleichtert wird. Die Schubladen sind mit Aufschriften zu versehen und die Preise müssen auf den Paketen notiert sein. Dann erspart man das zeitraubende Fragen und es gibt auch weniger Irrtümer. Man muss leider nur zu oft hören und kann es selber beobachten, dass zu viel verlangt wird für eine Ware, aus Irrtum oder absichtlich. Das Inventar soll mit einem ansehnlichen Ueberschuss abschliessen als Beweis guter Geschäftsführung. Richtige Warenbelastung vorausgesetzt, sind grosse Inventurüberschüsse ein Beweis der Ueberforderung der Kundschaft oder von schlechtem Mass und Gewicht. Deshalb ist es auch zu empfehlen und im Interesse rascher Bedienung, wenn die Waren abgewogen und verpackt in das Detailmagazin gelangen, auch Flüssigkeiten wie Wein und Petrol. Letzteres ist sowieso ein heikler Artikel und macht die sofortige Reinigung der Hände notwendig. Das Abfüllen im Laden bedeutet Wartefrist; Wartefrist erzeugt Unzufriedenheit und Unzufriedenheit ist die beste Propaganda für den Krämer nebenan.

Es ist ein offenes Geheimnis, dass der Privathandel immer intensiver gegen die Genossenschaftsbewegung arbeitet; die neueste Verfügung betr. die Tätigkeit der Postangestellten in den Konsumvereinen ist ein sprechender Beweis hierfür. Deshalb kann es sich je länger je weniger nur noch darum handeln, die Mitglieder an ihre Pflichten zu erinnern, sondern wir müssen im Verkauf, in der Bedienung mustergültig dastehen. Der Verkauf muss aufs peinlichste organisiert und überwacht werden. Die persönliche Propaganda durch Konferenzen und Quartierversammlungen ergänzt diese Bemühungen sehr gut und kann auch durch Inserate noch unterstützt werden. Wir sollen nicht nur zu den Mitgliedern sprechen, sondern auch zu den noch ausserhalb Stehenden, um nicht nur den natürlichen Abgang zu ersetzen, sondern neue Kräfte zu uns heranzuziehen. Viel Kundschaft, viel Umsatz! —r.

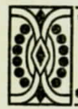


Bewegung des Auslandes



Spanien.

Die Union de Cooperativas del Norte de Espana im Jahre 1922. Der Verband der Genossenschaften Nordspaniens zählte Ende 1922 40 Mitglieder. Der Umsatz der Zentralstelle belief sich 1922 auf 3,563,927.88 Pesetas, 225,185.65 Pesetas mehr als im Jahre 1921. Der Rohüberschuss aus diesem Verkehr beziffert sich auf 27,119,12 Pesetas, der Reinüberschuss auf 2431.55 Pesetas. Das gezeichnete und gleichzeitig auch einbezahlte Anteilscheinkapital der Mitglieder erreicht den Betrag von 134,700.— Pesetas. Die Zahlen zeigen, dass die Verhältnisse des Verbandes noch recht bescheidene sind. Doch geht aus dem gesamten Wirken des Verbandes hervor, das er auf guter Grundlage aufgebaut ist.



Schweiz. Volksfürsorge



Tätigkeits-Bericht nebst Rechnung pro 1922

Im **vierten** Geschäftsjahr, das den Zeitraum vom 1. Januar bis 31. Dezember 1922 umfasst, hat sich unsere Genossenschaft wieder günstig weiterentwickelt. Der Versicherungsbestand ist bis zum Schlusse des Berichtsjahres auf *Fr. 12,187,048.*— Versicherungssumme angewachsen. Dieser Entwicklung des Versicherungsbestandes entsprechend haben auch die Einnahmen an Prämien und Zinsen eine wesentliche Zunahme erfahren, so dass das Verhältnis zwischen den Einnahmen an Prämien und Zinsen und den Ausgaben für Verwaltungskosten gegenüber dem Vorjahre wiederum günstiger geworden ist. Der Sterblichkeitsverlauf unter den versicherten Mitgliedern ist, wie dies schon in den Vorjahren stets der Fall gewesen ist, wesentlich unter den Erwartungen geblieben. Das Rechnungsergebnis des Berichtsjahres ist deshalb ein sehr erfreuliches.

Der **Einnahmenüberschuss,** der im Jahre 1918/19 Franken 23,315.19, im Jahre 1920 Fr. 37,253.11 und im Jahre 1921 Franken 50,869.03 betragen hat, beläuft sich für das Berichtsjahr 1922 auf **Fr. 64,771.33,** wovon Fr. 12,954.27 dem statutarischen Reservefonds und Fr. 51,817.06 dem Ueberschussfonds der Versicherten zugewiesen werden sollen. Nach Vornahme dieser Ueberweisungen ist der **statutarische Reservefonds** auf **44,098.96** Franken und der **Ueberschussfonds der Versicherten** auf **Fr. 116,608.13** angewachsen. Der Ueberschussfonds der Versicherten ist nach § 15 der Statuten und nach § 25 der allgemeinen Versicherungsbedingungen zur Ermässigung der Prämien zu verwenden. Für die im Jahre 1923 fällig werdenden, anteilberechtigten Prämien, beträgt die Prämienermässigung **sechs Prozent** der Tarifprämie (im Vorjahre fünf Prozent der Tarifprämie). Ueber die Höhe der im Jahre 1924 eintretenden Prämienermässigung wird der Verwaltungsrat Beschluss fassen, sobald Bericht und Rechnung pro 1922 von der Generalversammlung der Mitglieder genehmigt sein werden.

Im Berichtsjahre sind im ganzen 43 Versicherte gestorben, wovon 9 Personen nach Tarif 1, mit ärztlicher Untersuchung, 9 Personen nach Tarif 2, ohne ärztliche Untersuchung, versichert waren, während 25 Todesfälle die Kollektivlebensversicherung betreffen. Für diese Todesfälle ist insgesamt der Betrag von Fr. 43,174.30 an die hinterlassenen Begünstigten zur Auszahlung gekommen.

Die **Garantiemittel,** welche zur Erfüllung der Verbindlichkeiten unserer Genossenschaft bestimmt sind und die bei der Betriebseröffnung (1. Dezember 1918) aus dem Garantiekapital von Fr. 250,000.— und dem Gründungsfonds von Fr. 100,000.— bestanden und somit insgesamt Fr. 350,000.— betragen haben, sind durch die Ansammlung von Prämienreserven und Prämienüberträgen, sowie durch die Ueberweisungen an den statutarischen Reservefonds und den Ueberschussfonds der Versicherten bis 31. Dezember 1922 auf die Summe von **Fr. 1,531,221.81** angewachsen, wovon am Ende des Berichtsjahres bereits Fr. 1,325,357.50 in soliden, gut verzinslichen, ausschliesslich schweizerischen Wertpapieren angelegt waren.

Jahresrechnung pro 31. Dezember 1922

A. Einnahmen.

1.	Ueberträge aus dem Vorjahre	767,931.22
2.	Prämieneinnahme	480,616.02
3.	Zinseneinnahme einschliesslich Marchzinsen	69,693.10
4.	Gebühren	811.25
5.	Zahlungen des Rückversicherers	17,230.78
6.	Sonstige Einnahmen	586.25
	Total der Einnahmen	1,336,868.62

B. Ausgaben.

1.	Zahlungen für Todesfälle	43,174.30
2.	Zahlungen für abgelaufene Versicherungen	600.—
3.	Zahlungen für Rückkäufe	5,745.25
4.	Ueberschussanteile	13,865.41
5.	Rückversicherungsprämien	19,128.85
6.	Verwaltungskosten	44,503.10
7.	Anwerbekosten und Arzthonorare	21,208.20
8.	Steuern und Abgaben	3,577.90
9.	Passivzinsen	259.—
10.	Abschreibungen	3,209.80
11.	Sonstige Ausgaben	375.—
12.	Ueberträge auf das nächste Jahr	1,116,450.48
	Total der Ausgaben	1,272,097.29

C. Zusammenzug.

Einnahmen	1,336,868.62
Ausgaben	1,272,097.29
Ueberschuss der Einnahmen	64,771.33

D. Verwendung des Ueberschusses der Einnahmen.

20%	an den statutarischen Reservefonds		12,954.27
80%	an den Ueberschussfonds:		
	a) der Einzelversicherung	50,230.65	
	b) der Kollektivversicherung	1,586.41	51,817.06
	Gleich wie oben		64,771.33

Bilanz pro 31. Dezember 1922

(Nach Verwendung des Ueberschusses.)

Aktiva.

1.	Wertpapiere	1,325,357.50
2.	Darlehen an Versicherte	12,172.60
3.	Bankguthaben und Postchekkonto	162,655.65
4.	Prämienguthaben	24,061.37
5.	Marchzinsen	13,954.83
6.	Kassa	191.80
7.	Mobiliar und Material (abgeschrieben)	—.—
8.	Sonstige Aktiven	7,171.38
		1,545,565.13

Passiva.

1.	Garantiekapital	250,000.—
2.	Gründungsfonds	100,000.—
3.	Prämienreserve	894,003.10
4.	Prämienüberträge	126,511.62
5.	Statutarischer Reservefonds	44,098.96
6.	Ueberschussfonds	116,608.13
7.	Sonstige Passiven	14,343.32
		1,545,565.13

Bericht der Revisoren (Kontrollstelle).

Mit Gegenwärtigem gestatten wir uns, Sie in Kenntnis zu setzen, dass wir, gemäss des uns erteilten Auftrages, die Jahresrechnung und Bilanz per 31. Dezember 1922 der Schweiz. Volksfürsorge, Volksversicherung auf Gegenseitigkeit in Basel, geprüft haben.

Zu diesem Zwecke wurden sämtliche im verflossenen Rechnungsjahre verbuchten Einnahmen und Ausgaben an Hand des Journals kontrolliert. Ferner sind die Uebertragungen vom Journal ins Hauptbuch punktiert und die in der Bilanz per 31. Dezember 1922 eingestellten Aktiven und Passiven verglichen worden. Ueber die Wertpapiere im Betrage von Fr. 1,325,357.50, welche bei der Bank deponiert sind, wurden uns die bezüglichen Depotscheine zur Einsichtnahme unterbreitet.

Was die Berechnung des Deckungskapitals anbelangt, haben wir feststellen können, dass dieselbe in gewohnter Weise gewissenhaft durchgeführt wurde.

Wir beantragen daher der Generalversammlung, vorliegende Jahresrechnung zu genehmigen und dem Verwaltungsrat Decharge zu erteilen.

Basel/Turgi, den 24. Februar 1923.

Die Revisoren (Kontrollstelle):
Für die **Treuhandabteilung des V. S. K.,**
E. Neidhard.
Paul Hitz.

EINLADUNG

zur

5. ordentl. Generalversammlung

Die Mitglieder unserer Genossenschaft werden hiermit zur Teilnahme an der fünften ordentlichen Generalversammlung auf

Samstag, den 2. Juni 1923, nachmittags 2 Uhr,

in den Sitzungssaal des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.), Thiersteinerallee 14 (II. Stock) in Basel.

eingeladen.

Der Verwaltungsrat hat die Tagesordnung folgendermassen festgesetzt:

1. Ernennung der Stimmenzähler.
2. Protokoll der vierten ordentlichen Generalversammlung vom 11. Juni 1922.
3. Jahresbericht und Jahresrechnung pro 31. Dezember 1922.
4. Wahl der Kontrollstelle pro 1923 (drei Revisoren und zwei Ersatzmänner).
5. Allfälliges.

Die Mitglieder haben sich durch die letzte Prämienquittung über ihre Stimmberechtigung auszuweisen. Mitglieder, welche sich durch andere Mitglieder vertreten lassen, haben ihre Vertreter ausserdem mit einer schriftlichen Vollmacht zu versehen.

Basel, den 24. Februar 1923.

Für den Verwaltungsrat,
Der Präsident:
Dr. R. Kündig.



Aus unserer Bewegung



Aarberg. Unsere Genossenschaft veranstaltete am Samstag den 10. Februar im schönen Kronensaale zu Aarberg, einen Familienabend, verbunden mit einem Referate (gehalten von Frau Ryser aus Nidau) über die Stellung der Frau zur Genossenschaft, ferner verbunden mit einigen Humoresken sowie einer Gratiswurst und einem Weggen aus unserer eigenen Bäckerei.

Schreiber dieser Zeilen wollte die Wirkungen dieses Anlasses zuerst betrachten, bevor er zur Berichterstattung schritt. Noch nie hatte die Konsumgenossenschaft Aarberg und Umgebung, einen solchen Aufmarsch zu verzeichnen, wie das bei diesem Anlasse der Fall war. War es wohl, dass eine Frau als Referentin zum erstenmale zu unsern Frauen sprechen sollte, oder war es, um ein wenig unter Gleichgesinnten zu verweilen und einige Stunden der Gemütlichkeit zu widmen und das Tanzbein zu schwingen, oder war es gar die Gratiswurst?

250 Genossenschafterinnen und Genossenschafter hatten sich eingefunden, eine stattliche Zahl, gewiss ein Zutrauensvotum für die Referentin und den Vorstand und das Personal der Genossenschaft. Frau Ryser hat es denn auch verstanden, mit lieben Worten das Gute an uns allen anzuerkennen und das Unvollkommene zu tadeln. Unsere Frauen, die dem Anlasse beigewohnt, möchten heute schon wieder aus Frauenmund diese aufmunternden Worte sprechen hören: die Frau ist die Trägerin der Genossenschaft, wenn du, Frau, deine Einkäufe in der Genossenschaft samt und sonders machst, so unterstützest du den Wohlstand deiner eigenen Familie.

Dass dieser Same in die Herzen unserer Hausfrauen gefallen ist, kann heute nachgewiesen werden. Noch nie war die Nachfrage nach «Co-op»-Artikeln so stark geworden, wie das seither auf Seife in erheblichem Masse eingesetzt hat. Hoffen wir, dass der Same keime, die Pflanze blühe und sich mächtig entwickle.

Wir wollen nun nicht verfehlen, diejenigen Genossenschaften, welche die Bestrebungen zur Heranbildung der Frau zur tätigen Genossenschafterin noch nicht mitmachten, ermuntern, den Schritt zu unternehmen. Wir in Aarberg können über guten Erfolg berichten und werden nicht verfehlen, solche Vorträge zu wiederholen. Frau Ryser sprechen wir an dieser Stelle noch einmal den besten Dank aus. F. A.

Büren a. A. (V.-Korr.) Die diesjährige ordentliche Generalversammlung wurde zur Erledigung der statutarischen Jahresgeschäfte auf den 24. Februar einberufen. Der Besuch war erfreulich, über 200 Personen haben sich eingefunden.

Jahresbericht, Jahresrechnung, sowie Anträge des Vorstandes über die Verteilung des Betriebsüberschusses wurden von der Versammlung einstimmig genehmigt. Der Gesamtumsatz pro 1922 beläuft sich auf Fr. 158,000.—, im Vorjahr betrug der Umsatz Fr. 158,800.—, somit ergab sich ein Rückgang von Fr. 800.—. Da ein bedeutender Preisabbau auf den meisten Bedarfsartikeln schon vor Jahresfrist eingetreten war, so kann eine kleine Vermehrung gegenüber dem Vorjahr verzeichnet werden. Auch wir waren genötigt, Abschreibungen vorzunehmen; diese waren aber gering und konnten durch die laufende Jahresrechnung gedeckt werden. Der Betriebsüberschuss beträgt Fr. 13,864.75; nebst den statutarischen Zuweisungen an den Reserve- und den Baufonds konnten wir noch eine Rückvergütung von 8% an die Mitglieder für eingekaufte Waren (Fr. 150,000.—) gewähren; dafür war die Summe von Franken 12,000.— erforderlich. Abschreibung auf Mobiliar Fr. 300.—; Vergabungen Fr. 300.—; Saldo auf neue Rechnung Fr. 34.75.

Das Traktandum Wahlen war rasch erledigt; die im Austritte sich befindenden Vorstandsmitglieder werden, da keine Rücktrittsgesuche vorliegen, in globo wieder gewählt. An Stelle des im Verlaufe des Jahres verstorbenen Vizepräsidenten Fritz Greiner wurde neu in den Vorstand gewählt Gottlieb Witschi-Gribi und in die Aufsichtskommission Eduard Hofmann. Auf Antrag des Vorstandes beschloss die Versammlung, die vierzehntägige Ausgabe des «Genossenschaftlichen Volksblattes» zu abonnieren. Der gemütliche zweite Teil verlief in freudiger Stimmung und kein Misston trübte die fröhliche Genossenschafterschar. Jung und alt wird dieser schöne Abend noch lange in Erinnerung behalten.



Verbandsnachrichten



Aufsichtsrats-Sitzung vom 10. März 1923.

Der Aufsichtsrat des V. S. K. versammelte sich am 10. März 1923 im Verbandsgebäude in Basel. Es waren sämtliche Mitglieder zugegen mit Ausahme des wegen Krankheit entschuldigten Herrn K. Frei, Frauenfeld.

Von den behandelten Traktanden seien erwähnt:

Jahresbericht und Jahresrechnung per 31. Dezember 1922. Bericht und Rechnung wurden genehmigt zur Weiterleitung an die Delegiertenversammlung.

Das Rechnungsergebnis des Verbandes pro 1922 darf im allgemeinen als befriedigend bezeichnet werden. Nach Vornahme grösserer Abschreibungen sowie Zuweisung von Fr. 100,000.— an das Verbandsvermögen zu Lasten der Betriebsrechnung verbleibt noch ein Nettoüberschuss im Betrage von Franken 210,027.63, der, als Rückstellung für allfällige im Laufe des Jahres 1923 notwendig werdende Abschreibungen, auf neue Rechnung vorgetragen werden soll.

Der Jahresbericht befindet sich nunmehr im Druck und wird den Vereinen rechtzeitig vor den Kreiskonferenzen zugestellt werden.

Festsetzung der Delegiertenversammlung. Die diesjährige Delegiertenversammlung wurde festgesetzt auf Sonntag, den 17. Juni 1923, vormittags

9 Uhr im Konzert- und Theatersaal in Olten. Die Leitung der Verhandlungen wurde wiederum Herrn Dr. Rud. Kündig, Präsident des Aufsichtsrates übertragen.

Organisation der Verwaltungskommission. Nach eingehender Behandlung eines Berichtes der Verwaltungskommission bezüglich Gestaltung der Leitung des V. S. K. durch die Verwaltungskommission nach dem erfolgten Austritt des früheren Mitgliedes, Herrn H. Rohr, fasste der Aufsichtsrat auf Antrag der Verwaltungskommission folgenden Beschluss:

1. Die Verwaltungskommission ist bis auf weiteres aus drei Mitgliedern bestehen zu lassen.

2. Die Leitung des Departementes für Warenvermittlung soll dem Präsidenten der Verwaltungskommission, B. Jæggi, und einem weiteren Mitglied der Verwaltungskommission, M. Maire übertragen werden.

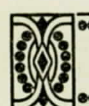
B. Jæggi wird neben seiner bisherigen anderweitigen Tätigkeit die Aufsicht über das gesamte Rechnungswesen sowie die Leitung der Abteilungen Manufakturwaren, Mercerieware, Schuhwaren und Schuhfabrik übernehmen.

M. Maire wird wie bis anhin die Leitung der Abteilungen Zucker, Weine, Kolonialwaren, Fettwaren (Butter Eier, Fleischwaren, Oele und Speisefett), Fabrikationsartikel (Lebensmittel), Käse, Landesprodukte, Futtermittel und Düngemittel, Brennmaterialien und Gebrauchsartikel besorgen.

Aus den Verhandlungen der Sitzung der Verwaltungskommission vom 9. März 1923.

Vom Office coopératif belge, Bruxelles, welches seinerzeit die Herausgabe des Internationalen Genossenschaftsbulletins in französischer Sprache übernommen hat, erhalten wir die Mitteilung, dass die Herausgabe des Bulletins immer noch eine finanzielle Belastung bedeute, obschon die finanzielle Ertragsfähigkeit des Internationalen Genossenschaftsbulletins im letzten Jahre bedeutend gehoben werden konnte. Um diese Publikation rentabler zu gestalten, ist es notwendig, dass die Abonnentenzahl erhöht wird. Wir gelangen deshalb neuerdings an alle Verbandsvereine, die sich für das Internationale Genossenschaftsbulletin interessieren und möchten Sie einladen, eines oder mehrere Exemplare zu abonnieren. Der Abonnementspreis beträgt Fr. 5.— pro Jahr und Exemplar. Wir sind jederzeit gerne bereit, Bestellungen entgegenzunehmen.

Das internationale Genossenschaftsbulletin erscheint allmonatlich, wird redigiert vom Sekretär des Internationalen Genossenschaftsbundes und gibt wertvolle und interessante Aufschlüsse über die Genossenschaftsbewegung der ganzen Welt.



Genossenschaftlicher Arbeitsmarkt



Angebot.

Junger, starker, verheirateter Mann sucht Stelle als **Magaziner** in einer Konsumgenossenschaft. Antritt je nach Uebereinkunft. Kaution kann geleistet werden. Offerten sind erbeten unter Chiffre J. M. 299 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger, tüchtiger, verheirateter **Bäcker-Konditor,** sucht Stelle in Konsumbäckerei. Kaution kann geleistet werden. Offerten unter Chiffre H. M. 84 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Verwalter eines Konsumvereins, mit Filialen, wünscht Stelle zu wechseln. Ueber die Fähigkeit und Tüchtigkeit stehen prima Zeugnisse zur Verfügung. Offerten unter Chiffre C. 77 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Kontrolleur. Junger, tüchtiger **Kaufmann** aus der Lebensmittelbranche, sprachenkundig, selbständig und zuverlässig arbeitend, flotter Organisator, erfahren in Bureau, Magazin, Aussendienst und Inventuren grösserer Betriebe, sucht entsprechende Stellung. Ia. Zeugnisse und Referenzen. Zuschriften erbeten an Chiffre A. Z. 92 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Durchaus tüchtiger **Bäckermeister,** verheiratet, wünscht Anstellung in Konsumverein, wo ihm der ganze Betrieb übergeben würde. Wäre auch geneigt ein Depot der Lebensmittelbranche zu übernehmen. Antritt Mitte April erwünscht. Offerten unter Chiffre G. G. 91 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Treue **Tochter** von 19 Jahren, mit Sekundarschulbildung, deutsch und französisch sprechend, sucht Stelle als **Lehrtochter** in Konsum, wo sie eine gründliche Lehre im Ladenservice durchmachen könnte. Zeugnisse stehen zu Diensten. Offerten unter Chiffre E. E. 90 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junges, tüchtiges **Ehepaar** sucht Uebernahme einer Konsumfiliale. Kaution vorhanden. Gute Zeugnisse stehen zu Diensten. Offerten unter Chiffre R. L. 38 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Tüchtiger, kautionsfähiger **Bäcker** wünscht Konsumbäckerei zu übernehmen. Ostschweiz bevorzugt. Offerten unter Chiffre U. M. 89 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junger Mann von 22 Jahren, der seine Lehrzeit in einer der grössten Konsumgenossenschaften absolviert hat und auch gegenwärtig in einer solchen der Westschweiz arbeitet, der beide Sprachen in Wort und Schrift vollständig beherrscht und auch die Steno-dact. wie sämtliche Bureauarbeiten kennt, sucht passende Stelle in einem Genossenschaftsbetrieb. Gute Kenntnisse in folgenden Branchen: Kolonialwaren, Molkerei, Bäckerei, Heizmaterialien, Schuh- und Geschirrwaren und Haushaltungsartikel. Ausgezeichnete Referenzen und Zeugnisse. Offerten unter Chiffre Z. Z. 88 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Junges **Ehepaar** sucht Uebernahme einer **Konsumfiliale.** Graubünden bevorzugt. Zeugnisse zu Diensten. Offerten unter Chiffre G. G. 82 an den Verband schweiz. Konsumvereine in Basel.

Ich suche auf 1. Mai oder auch später eine Stelle als **Verkäuferin** in einem Konsumladen, am liebsten mit Wohnung. Es kann eine grössere Kaution geleistet werden. Offerten sind zu richten an Frau Luise Vogel-Dutli, Kölliken (Aargau).

Redaktionsschluss: 15. März 1923.

Buchdruckerei des Verbandes schweiz. Konsumvereine (V. S. K.) Basel.